Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

56 (6.3.1912)

Visual Library

Nr. 56. Karlsruhe, Mittwoch, den 6. März 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von ½12—½1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Zur Wahlgeschichte im 10. Reichstagswahlkreise Karlsruhe-Bruchsal.

(Für den „Volksfreund" geschrieben von Adolf Geck.)

III.

Unter der Herrschaft des sterbenden „Schandgesetzes".

Der 20. Februar säuberte das Oberland und Unterland vom Nationalliberalismus. Diese Gattung hatte keinen badischen Geschäftsträger mehr im neuen Reichstag; mit dem Herzog Fieser fielen auch seine Schleppträger in den andern Wahlkreisen unseres liberalen Musterländchens. Im ganzen Reiche verloren die Fieserschen eine halbe Million Stimmen.

Die Sozialdemokratie vertrieb die „Nazzen" aus Mannheim. Das Zentrum hatte mit seinen 8 Mannen den „Löwen"anteil an den badischen Mandaten: v. Buol, Hug, Lauck, Lender, Marbe, Reichert, Schättgen, Schüler; der Herr von Hornstein, der sich politisch nicht taufen ließ, neigte wohl innerlich zu den Schwarzen; dann folgten die zween Konservativen: Graf Douglas und der Südwein-Menzer; zuletzt die Zwillingskinder aus der badischen Mischehe des preußischen Freisinns und der süddeutschen Volkspartei: Pflüger und Dillinger. Auf der Nürnberger Tagung der Volkspartei pries der Mannheimer Demokratenführer Bensheimer später diese Siegeserfolge als eine zeugende Wirkung des Zusammengehens vom Nord- und Südkorps des demokratischen Landsturms, für dessen Vereinigung man damals in der schwäbischen Volkspartei wenig Sympathie empfand. In Wahrheit wurden aber die Pflüger und Dillinger mit unserer und der Zentrumshilfe durch die Septennatsschlacht an den sicheren Ort getragen. Aber so ein bißchen Renommieren mit fremdem Federschmuck gehört heute noch zum freisinnigen Handwerk.

Bismarck nahm nebst seinem Sohn Herbert Abschied von seinem Arbeitgeber, der im Geschäft eigener Kanzler und Feldmarschall sein wollte. Das Fäßchen Kirschwasser, welches der Acherner Posthalter dem Herold auf 1. April als Geburtstagsgeschenk sandte, half nicht mehr. Die Handlangerstelle bekam ein gewisser von Caprivi; er hätte Arbeit genug gehabt, die Februar-Erlasse Wilhelms II. in gute Taten der sozialen Aera umzusetzen; sie versprachen eine Fortbildung des Arbeiterschutzes und die Berufung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz. Letztere gehört heute in das Kapitel der Hornberger Schießen, erstere bekam die Mißgestalt einer Gewerbeordnungsnovelle mit dem Stachel gegen das Koalitionsrecht. „Wer sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellt, den zerschmettere ich," sagte der Herr auf der Brandenburger Tagung.

Die rote Internationale tagte schon im Sommer vorher in Paris und verkündete dort den Kampf um den wahrhaftigen Arbeiterschutz. Der erste badische „Arbeitertag" in Offenburg (Oktober 1899) nahm die Parole für Baden auf. Wir zogen für den Achtstundentag ins Feld. Und um die 1 427 323 sozialdemokratische Stimmen vom 20. Februar! Das war etwas zum Zerschmettern!

Es sollte drum eine erste Maifeier geben, die des Wahltages würdig ist. Die Karlsruher Metallarbeiter begannen schon am 15. März mit der Agitation für eine Arbeitsruhe am 1. Mai. Eine Versammlung der Tapezierer, die Ende März über die Maifeier diskutierte, wurde vom überwachenden Referendär aufgelöst. Warum? Fleischmann hatte gesagt: Der in den Sumpf geratene Wagen der Sozialreform würde von den nachdrängenden Arbeitermassen über den Haufen geschoben.

Nach dem späten Zusammentritt des Reichstags erließ die 35köpfige Fraktion einen Aufruf zur Vorsicht bei der Befürwortung der Arbeitseinstellung am proletarischen Maifeste. Es kriselte damals stark im wirtschaftlichen Leben durch Geschäftsstockungen und in der Partei setzte bereits der Konflikt der „Jungen und Alten" ein. Das führte bald zu einer ruhigeren Beurteilung der Situation im 10. Wahlkreise.

Wir verrichteten deshalb zunächst „praktische Arbeit" zur Organisation im großen und kleinen. Zunächst vermehrte sich nach dem Wahlkampf die Leserzahl des sozialdemokratischen „Volksblatts", das im ganzen Lande Baden und im Elsaß dreimal wöchentlich verbreitet wurde.*) Für Karlsruhe wurde das tägliche Erscheinen gefordert. Eine Filialepedition errichteten wir in der Kreuzstraße; der Druckereibesitzer Maier (Waldstraße), der zur liberalen Partei gehörte, stellte später die Ausgabe in seinem Geschäfte für die drei anderen Wochentage her. Bestellungen nahmen entgegen Rich. Volderauer, nunmehr Geschäftsnachfolger des Hofphotographen Richard (Werderplatz), Kalnbach und Fleischmann, für die Südstadt Wilh. Ducke (Marienstraße); die Expedition erhielt Wilh. Schoch (Durlacherstraße), der auch die bisher vom Genossen Nacken betriebene Broschürenkolportage übernahm.

Sofort nach der Reichstagswahl begannen die Vorbereitungen der roten „Teilungskommissäre" zum Eintritt in das Karlsruher Rathaus. Am 26. März faßte eine Versammlung den Beschluß, mit Entschiedenheit in der Klasse der Niederstbesteuerten sich etliche Stadtverordnetensitze zu erkämpfen. Das hörte die Bürgerlichkeit mit Entsetzen. An dem roten Zeichen des 20. Februar war schon das Philisterblut ins Stocken geraten. Und nun ertönte schon der Angstruf: Sammlung aller „staatserhaltenden" Bürger gegen den roten Feind! Die Sozialdemokraten erwarteten von der bürgerlichen Linken ein Zusammenarbeiten gegen die Reaktionäre. Herr Hermann Lippe vom „Bad. Landesbote", dessen Chef mit unserer Hilfe den Pforzheimer Volkstribunensitz erhalten hatte, war, wie er öffentlich erklärte, für ein Bündnis eingetreten, welches der freisinnig- demokratischen G. m. b. H. die Zahl 6 Kandidaten und uns Sozialdemokraten deren 10 einräumen wollte. Aber in der freisinnigen Konferenz vom 28. März im Bahnhof-Hotel diktierte der Anhang des Rechtsanwalts Weill die Bedingungen des staatserhaltenden Prinzips: es wurden die Namen zweier bekannten Sozialdemokraten als Lockspeise auf die gemeinsame Liste der Bourgeoisie gesetzt. So geschah es, daß für den Kampf um die Vertretung der dritten Wählerklasse die Sozialdemokratie einem kapitalistischen Urgroßblock aller Gesinnungen, Konfessionen und Rassen gegenüberstund, einer konservativ-liberalen-ultramontan-freisinnig-demokratischen Verbrüderung der feindlichen Heerlager aus der Kartellwahlzeit. Es wurden rund 2500 Stimmen abgegeben, wovon 1090 für die reine sozialdemokratische Liste (leider 50 Zettel mit Streichungen!) und 1400 für den Vorschlag der „Staatserhaltenden", wovon nur 850 Zettel unverändert waren. Deshalb errangen wir drei Mandate (Kalnbach, Seufert und Volderauer), von denen eines auch auf der bürgerlichen Seite präsentiert worden war. Die drei roten Hechte unter den 112 Stadtverordneten übten alsbald stechende Kritik am Voranschlag und erzielten als ersten Erfolg ihrer „praktischen Arbeit" die Herabsetzung des Eintrittsgeldes in den Stadtgarten von 20 auf 10 Pf. für jeweils den ersten Sonntag im Monat. Das gab im Frühling eine proletarische Völkerwanderung nach dem städtischen Hain am „Lauterbuckel". Die „besseren" Karlsruher lernten den Anblick der Sozialdemokraten ertragen, von deren Gefährlichkeit der Hauptlehrer Sch. einer Mädchenschulklasse den Kindern nicht genug zu erzählen wußte.

Bei der Ersatzwahl zum Bürgerausschuß am 18. April beteiligte sich die Partei ohne Erfolg; unsere Kandidaten waren der Schlosser Ernst Eberle, der Schriftsetzer M. von der Linde und der Kaufmann Emanuel Weil.

Am 24. März hatte Dr. Rüdt-Heidelberg in einer öffentlichen Versammlung des Karlsruher Wahlvereins in einem Referat über die Presse dem Sozialistengesetz den üblichen Titel „Schandgesetz" verliehen. Der überwachende Beamte forderte den Redner zur Mäßigung auf, wozu Dr. Rüdt sich bereit erklärte. Das wurde aus der Versammlung heraus mit Bravo-Rufen begleitet. Jetzt löste der Beamte die Versammlung auf Grund des badischen Versammlungsgesetzes (§§ 4 und 11), sowie § 9 des Sozialistengesetzes auf. Die Beschwerde des Schreiners Gg. Jena, die an den Landeskommissär eingereicht wurde, ist am 9. April 1890 vom Ministerialdirektor Eisenlohr als unbegründet zurückgewiesen worden, weil nach dem badischen Gesetz die Auflösung der Versammlung vollständig gerechtfertigt war,

„in welcher ein Redner in Bezeichnung auf das Reichsgesetz vom 21. 10. 1878 den die staatsbürgerliche Pflicht der Achtung vor dem Gesetze in grober Weise verletzenden und öffentliches Aergernis erregenden Ausdruck Schandgesetz sich erlaubt hatte".

Schon diese Sprachschönheit gab dem Herrn Eisenlohr die Anwartschaft auf den Ministersessel. In der Sache hat er ganz übersehen, daß sein Beamter die Versammlung nicht wegen der Titulatur aufgelöst hatte. Als Dr. Rüdt im Februar auf der Rückkehr von der Agitation zur Reichstagsstichwahl auf dem Mannheimer Bahnhof das Volk hochleben ließ, diktierte man ihm eine Kur von 6wöchentlicher Dauer; dafür setzte das Gericht dann eine Groben-Unfugs-Buße von 20 Mk. ein.

Die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften war fortwährend auf die Vorbereitung der erstmaligen Maifeier gerichtet. Das erregte die Nervosität der heiligen Hermandad. Eine öffentliche Schreinerversammlung sollte am 9. April bei Kasper (Schützenstraße 58) stattfinden, worin Genosse Fleischmann über den Achtstundentag, Genosse Guttenstein über „Kapital und Arbeit" sprechen wollte. Da holte das Bezirksamt die schon als unritterlich verschriene schartige Waffe des Sozialistengesetzes (§ 9 ꝛc.) hervor und verbot die Versammlung zum voraus.

„Da Emil Fleischmann wegen hervorragender Teilnahme an gemeingefährlichen sozialdemokratischen Agitationen aus Frankfurt a. M. ausgewiesen wurde und weiterhin am 31. März l. J. durch seinen Vortrag in einer öffentlichen Versammlung die Auflösung dieser Versammlung nötig gemacht hat, so liegen Tatsachen vor, welche die Annahme rechtfertigen, daß die auf den 9. d. M. einberufene Versammlung zur Förderung ꝛc. ꝛc. bestimmt ist. . . ."

Während seiner Wahlagitation als Kandidat im Reichstagskreise Wiesbaden ist Fleischmann, der Ausgewiesene, niemals von der preußischen Polizei belästigt worden Aber im Musterlande Baden!

Am 24. April berieten die Metallarbeiter nochmals über die Maifeier; man verzichtete auf eine Proklamierung der Arbeitsruhe. Für das ganze Land wurden Einzeichnungslisten ausgegeben für eine Petition zur Einführung ds 8stündigen Arbeitstages. Die Propaganda Rüdts für den Achtstundentag stieß besonders in Straßburg auf Widerstand, wo ihm zwei Versammlungen verboten wurden. Da schrieb der sozialdemokratische Doktor, der einstens der Hauslehrer beim Fürsten Hohenlohe, dem Statthalter der Reichslande war, einen offenen Brief an den Vater der Schüler und erinnerte ihn an seine einstige Anwandlung zugunsten der sozialdemokratischen Arbeiterfürsorge.

In Karlsruhe hat das Proletariat am 1. Mai allgemein gearbeitet. Ein Korbmacher im Geschäft des Herrn Hammeter wurde gemaßregelt, weil er feierte; in der Bockschen Metallwarenfabrik ist der Schlosser H. M. entlassen worden, als er schon die Absicht äußerte, am 1. Mai einen freien Tag machen zu wollen. Abends war aber ein außerordentlich lebhafter Verkehr im Kalnbachschen und besonders im Kasperschen Lokale. Hier sprach Rechtsanwalt Guttenstein. Eine Sammlung für die streikenden Wagenbauer wurde veranstaltet. Die Rüppurrer hatten eine Feier im „Strauß". Ueberall sangen die Genossen das von Dr. Rüdt gedichtete Siegeslied (Reichstagswahl 1890) nach einer Kirchenmelodie. Das versöhnte die zahlreich aufgebotene christliche Polizei etwas. In Durlach wurde das Militärverbot über zwei Wirtschaften verhängt, weil dort Sozialdemokraten verkehrten.

Der Pforzheimer Bezirksamtmann erließ am 26. April ein Verbot gegen den „beabsichtigten Auszug nach Bilfingen oder nach einem anderen Orte des Amtsbezirkes überhaupt". Der Wahlverein hatte nämlich die Fachvereine zu einem Ausflug mit Musikbegleitung auf Sonntag, 4. Mai, nachmittags eingeladen. Das Verbot gründete sich auf die §§ 4 und 11 des badischen Versammlungsgesetzes und war also begründet:

„Mit Rücksicht darauf, daß unter den obwaltenden Verhältnissen von dem für den genannten Tag — der hier offenbaren nur mit Rücksicht auf die zu erwartende größere Beteiligung an Stelle des 1. Mai gewählt ist — geplanten Kundgebungen, wenn sie in Form von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder von öffentlichen Aufzügen vor sich gehen, eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu besorgen ist, wird hiermit jede öffentliche Versammlung . . . . . verboten."

Der Karlsruher Metallarbeiterfachverein hatte im „Volksblatt" bekannt gemacht:

„Sonntag, 4. Mai, nachmittags, Ausflug nach Grötzingen. Sammelpunkt Durlachertor, Abmarsch punkt 1 Uhr."

Darauf kam vom Gr. Bezirksamt Karlsruhe, de dato 1. Mai 1890 (gez. v. Preen) die Mitteilung:

. . ."Wir machen daher den Vorstand des Fachvereins darauf aufmerksam, daß das Bezirksamt Pforzheim für den 4. Mai öffentliche Aufzüge und öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel verboten hat. Das gleiche

*) Die Druckerei in Offenburg wurde von der Ritter- in die Metzgerstraße verlegt und erhielt eine neue Frankentaler Schnellpresse. Am 1. Mai erschien in Mannheim die „Volksstimme". Im Vorwort der ersten Nummer ist gesagt, daß unter den Zeitungen in ganz Baden und in der Pfalz keine zu finden sei, welche für das Volk, d. h. für die Arbeiter usw., geschrieben ist und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt. — Das war der Abschied an das „Südwestd. Volksblatt", das unter dem Sozialistengesetz unter einer bitterbösen Verfolgung für die Unterdrückten (auch in Mannheim und der Pfalz) eingetreten war. Undank ist der Lohn dafür gewesen.

ist auch im Amtsbezirke Karlsruhe und Durlach der Fall."

In den Karlsruher bürgerlichen Blättern wurde warnend mitgeteilt, daß am 4. Mai jede Ansammlung von Menschen, die spazieren gehen wollen, verboten ist.

Also arbeitete vor zwei Jahren die königlich-preußische Berühmtheit des 20. Jahrhunderts, der Straßendiktator Jagow, nach einem alten badischen Musterstaatsschutz! Hannibal ante portas! Der Hannibal steht vor dem Durlacher Tore! So schrieb ich damals in meiner Kulturbilderskizze aus dem Musterlande des Liberalismus. Und wie herrlich verlief der erste himmelblaue Maisonntag! Die Talstraße nach Grötzingen glich einer Völkerwanderung. Man ging familienweise; die Weiber ließen sich nicht polizeilich scheiden. Die Kinder blieben bei den Eltern. Hoch der Familiensinn! Wenn auch dem Kanne-Wirt Lindenmaier, der vors Polizeiamt zitiert worden war, befohlen wurde, die Leute nur vereinzelt ankommen, die Musikanten aber gemeinsam spielen zu lassen, die politischen Reden zu verbieten, es drängten sich gegen 1000 Menschen in Garten und Haus zusammen; der Bürgermeister und etliche Ratsherren kneipten furchtlos unter den „Teilern". Amt, Gendarmerie und Polizei ließen ihre großen Augen des Gesetzes wachen. Das schreckte unsere Genossen Gei (Grötzingen) und Schroer (Karlsruhe) nicht ab, Ansprachen an die Menge zu halten. Die ganze Durlacher Garnison (4 Kompagnien Infanterie und 1 Eskadron Dragoner) stund unter Waffen bereit und die Grötzinger Nachtwache ist auf 16 Mann verstärkt worden. Am Abend zog dann eine lange Prozession lustiger Proletarier gen Westen und die Dorfkapelle spielte zum Abschied: „Muß i denn zu Grötzingen naus!"

So waren die Sozialdemokraten zu ihrem ersten Maiausflug gekommen!*)

Und die humorvolle Kehrseite der Geschichte! Der loyale, untertänige Karlsruher Zitherklub, der reichstreue Arbeiterbildungsverein der Residenzstadt hatten für den ersten Maisonntag ebenfalls öffentlich zu Vereinsausflügen vor das Durlacher Tor eingeladen. Aber das Polizeiverbot schreckte die braven Patrioten. Sie dachten:

Der Mai ist gekommen,
Die Soozen ziehen aus;
Da bleiben, wir Frommen,
Gehorsamst zu Haus.

Der Weisheit und Klugheit der badischen Polizeigewalt darf heute der Dank dafür abgestattet werden, daß Grötzingen nun ein sozialdemokratisches Gemeinderegiment besitzt, die rote Hochburg an der Pfinz geworden ist.

*) Eine ähnliche Demonstration machten die Gewerkschaften auf Einladung des Schuhmacher-Fachvereins durch einen Ostermontag-Ausflug nach Grünwettersbach—Ettlingen.

Deutsche Politik.

Mecklenburgisches. In dem mecklenburgischen Städtchen Wismar hatte die Stadtverordnetenversammlung unsern Genossen Reinke in die Gewerbeschulkommission gewählt. Obwohl dem Magistrat keinerlei Bestätigungsrecht zusteht, erklärte er doch die Wahl für ungültig, weil Reinke Sozialdemokrat sei. Die Stadtverordnetenversammlung rief die Hilfe des Ministeriums an; das aber wies die Stadtverordnetenversammlung ab und erklärte das Vorgehen des Magistrats für berechtigt.

Der Zweckverband für Groß-Berlin. Nachdem sich der Zweckverband für Groß-Berlin seinen Direktor gewählt hat, soll mit den Arbeiten begonnen werden. Der Propagandaausschuß für Groß-Berlin hatte zu Sonntag mittag eine öffentliche Versammlung nach der „Neuen Welt" in der Hasenheide einberufen, um zu erörtern, welche Forderungen an den Zweckverband zu stellen sind. Als Redner waren vorgesehen Staatssekretär a. D. Dernburg, Oberbürgermeister Dominikus, Geheimrat Dr. Muthesius und Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum. Das Hauptreferat hatte Bernhard Dernburg, der die in nachstehender Resolution näher bezeichneten Forderungen vertrat:

„Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung Groß-Berlins und namentlich der heranwachsenden Jugend ist die energische Inanspruchnahme und Durchführung eines Bebauungsplanes für gesunde Kleinwohnungen, der Ausbau des Schnellbahnnetzes mit billigen Tarifen und die Schaffung leicht erreichbarer Parks und Spielplätze, sowie Wald- und Wiesengürtel dringend erforderlich. Wir erwarten vom neuen Zweckverband für Groß-Berlin, daß die Lösung dieser Aufgaben mit allen Mitteln und nötigenfalls durch Schaffung neuer Mittel und Wege in energischer Weise durchgeführt wird."

Dernburg meinte, der Zweckverband werde bei den Versuchen, sein Ideal zu erreichen, sicher auf Schwierigkeiten mit den Behörden stoßen, denn man sagt, der Fiskus kennt keine Schamröte; aber das Verständnis für die Verpflichtungen, für die Bedingungen der Großstädte, die ebenso zu der Größe der Nation beitragen wie die Bevölkerung auf dem Lande oder in der Industrie der Kleinstädte, werde hoffentlich hier den Sieg davon tragen.

Oberbürgermeister Dominikus verlangte vor allem die Einführung einer obligatorischen Wahnungsinspektion, die sich in seinem früheren Wirkungskreise Straßburg vorzüglich bewährt habe. Das Haupthindernis für diese segensreiche Einrichtung bilde aber das Hausbesitzerprivileg. — Geheimrat Dr. Muthesius verbreitete sich über die Aufgaben, die dem Architekten beim Zweckverband erwachsen. — Genosse Südekum ging auf die Geschichte des Zweckverbandes ein und bezeichnete diesen als eine Verlegenheitsausrede der Regierung, die aus politischen Gründen ein Groß-Berlin durch Eingemeindung nicht gewollt habe. Die eigenartige Zusammensetzung der Verbandsversammlung des Zweckverbands Groß-Berlin lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß dort eine rege und fruchtbare Initiative zu bemerken sei. Die notwendigen Anregungen müssen deshalb von außen kommen.

Die nach dem Referat Südekums einsetzende lebhafte Debatte wurde nicht zu Ende geführt. Sie wird nächsten Sonntag im Saale der Brauerei Friedrichshain fortgesetzt.

Die Mosel-Saar-Kanalisierung. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses teilte der Minister von Breitenbach über die Mosel- und Saar-Kanilisation mit, daß die Regierung dieselbe ablehnen müsse, da dies für die Eisenbahnverwaltung 32 bis 33 Millionen Ausfall im Gefolge haben würde. Die Regierung will aber den beteiligten Industrien durch Tarifermäßigungen entgegenkommen. Der Landes-Eisenbahnrat soll darüber noch gehört werden. Der Rhein-Hannover-Kanal dürfte eine Ueberschreitung von rund 18 Millionen für die veranschlagte Bausumme ergeben. (Wer wird von dem Dreiklassenparlament etwas anderes erwarten? D. Red.)

Badische Politik.

Die Murgwasserkräfte.

Wie verlautet, ist es gelungen, die Schwierigkeiten, die sich der Ausnutzung der Murg-Wasserkräfte entgegenstellten, zu beseitigen, sodaß voraussichtlich noch dem gegenwärtigen Landtag eine Vorlage darüber zugehen wird. Die gewonnenen Kräfte werden aber nur zum Teil für den Zweck der Eisenbahn gebraucht werden; außerdem werden sie laut „Str. P" noch zur Speisung von Ueberlandzentralen Verwendung finden.

Ueber die Einführung der Verhältniswahl

für den Landtag brachte die „Straßb. Post" vorgestern einen längeren Artikel, der einige beachtenswerte Gesichtspunkte enthält. Es wird da zutreffend hervorgehoben, daß das Bezirkswahlsystem den Verhältnissen des modernen Staates nicht mehr entspreche und daß das Privileg der kleinen Städte keine Berechtigung habe, denn eine das Bezirkssystem rechtfertigende wirtschaftliche und kulturelle Differenzierung sei längst nicht mehr wahrnehmbar. Die Wahl nach Bezirksvertretungen befördert die Kirchturmspolitik, während die Proportionalwahl die Abgeordneten und das Parlament entlasten. In der Tat, man braucht nur die tagelangen Verhandlungen des Landtags über die verschiedenen Bezirkswünsche zu verfolgen, um sich davon zu überzeugen, wie das heutige Wahlsystem unter den erbitterten Parteikämpfen das geistige und politische Niveau des Landtags herunterdrückt. Das kostet das Land sehr viel Geld, ohne daß der gewünschte Erfolg damit erzielt wird, ganz abgesehen davon, daß viele größere und wichtige Aufgaben der Volksvertretung darunter notleiden.

Entschieden ablehnend müssen wir uns dagegen nach wie vor gegen die Einführung der Proportionalwahl lediglich für die größern Städte verhalten. Das wäre weiter nichts, als eine Forterhaltung längst nicht mehr zu rechtfertigender Privilegien einzelner Wahlkreise und eine Stärkung der Reaktion auf Kosten der fortschrittlichen Parteien. Wir können in der schwebenden neuen Verwaltungsorganisation kein Hindernis für die Einführung der Verhältniswahl erblicken. Die anscheinend vorhandenen Schwierigkeiten lassen sich sehr wohl überwinden, vorausgesetzt, daß der erforderliche gute Wille dazu vorhanden ist.

Eine Irrenanstalt in Adelsheim

zu erhalten, ist der Wunsch der Stadt Adelsheim. Die Tatsache, daß bei Rastatt auf den Gemarkungen Muggensturm und Bietigheim die neue Irrenanstalt gebaut werden soll, veranlaßte Adelsheim, aufs neue den Versuch zu unternehmen, die Anstalt zu bekommen. In ihrer gestrigen Sitzung nahm die Budgetkommission zu der Petition Stellung. Vom Berichterstatter wurden die wesentlichsten Gründe, die die Adelsheimer in ihrer Petition geltend machen, vorgetragen. Vor allem ist das angebotene Gelände weit billiger als dasjenige bei Rastatt, dann sei das Hinterland so wie so von jeher vom Staat stiefmütterlich behandelt worden. Für den Fall, daß die Regierung die Irrenanstalt trotzdem bei Rastatt bauen will, petitioniert die Stadt Adelsheim um eine Teilung der Anstalt. Die Regierung verhält sich gegenüber dem Verlangen ablehnend und stützt sich dabei auf die Gutachten der medizinischen und Bausachverständigen. Ein Haupteinwand der Regierung ist der höhere Baupreis für zwei kleinere Anstalten — 13 statt 10 Millionen Mark — und der wesentlich verteuerte Betrieb. Nach dem gegen eine Stimme gefaßten Beschluß der Budgetkommission kommt die neue Irrenanstalt nicht nach Adelsheim. Angenommen wurde ein Antrag des Berichterstatters, der besagt, daß das Hinterland mit Erfolg berücksichtigt werden soll, wenn wieder eine Irrenanstalt gebaut werden muß.

Aus dem Landtag.

Die Budgetkommission

setzte am Dienstag die Beratung des Eisenbahnbetriebs-Budgets fort. Die Kosten erheblicherer Ergänzungen sind auf 1 320 000 Mk. veranschlagt, gegenüber dem letzten Budget eine Mehrforderung von 397 650 Mk. Für Veränderungen, Erweiterungen und Verbesserungen an Gleisen und Stationsanlagen sind 597 000 Mk., für Neuherstellungen, Veränderungen und Erweiterungen an Hochbauten 1 063 000 Mk., für sonstige Herstellungen und Verbesserungen 480 000 Mk., für nicht vorgesehene Bauausführungen und Geländeerwerbungen 500 000 Mk., zusammen 2 640 000 Mk., für ein Jahr der Budgetperiode 1 320 000 Mk. In dieser Summe sind u. a. 300 000 Mk. für neue Bahn- und Weichenwärter-Wohnhäuser enthalten. Die Positionen erfuhren keine besonderen Beanstandungen und wurden genehmigt.

Die Geschäftsordnungskommission

setzte gestern nachmittag ihre Beratungen über die Reform der Geschäftsordnung fort. Es wird beschlossen, daß die Anträge, die in den ersten zehn Tagen zu Beginn jeder Tagung eingebracht werden, als gleichzeitig eingebracht gelten, daß jede Kommission selbständige Anträge stellen, daß dieselben wieder zurückgezogen und von jedem Mitglied wieder eingebracht werden können. Resolutionen sollen zugelassen sein, wenn sie von drei Abgeordneten

Andreas Vöst.

Bauernroman von Ludwig Thoma.

68

(Fortsetzung.)

Im Stiegenhause wartete der Schuller.

„Ist es Ihnen recht, wenn wir ins Amtsgericht gehen?" fragte Silvester.

„Was toa?"

„Sie müssen Ihr Recht suchen."

„Na, Herr Mang, dös suach' i nimmer. I fahr' hoam."

„Aber warum?"

„Weil all's umsunst is. De hamm 's Recht so guat vasteckt, daß 's i meiner Lebtag' net find'. Und wenn i's g'funden hätt', nehman's ma's weg unter da Hand."

„Sie müssen nicht gleich die Hoffnung aufgeben!"

„Glei! I hab's net glei aufgeben. Sie wissen dös net. I hab' mi ei'g'spreizt mit Händ' und Füaß', und zwinga muaß i's, hab' i g'moant. und nacha — ah was!"

Er nahm den Hut ab und wischte sich mit dem Aermel über die Stirne.

„Es muß gehen," ermunterte Silvester.

„Sie san no jung und mögen's net glaab'n, daß ma mit'n Recht nachgeb'n muaß. Aba es is do a so. Mir fahr'n hoam, Herr Silvester."

*

Ostersonntag.

Man läutete mit allen Glocken und das Hochamt war zu Ende.

Die jungen Burschen eilten zuerst aus der Kirche und standen in Gruppen beieinander.

Es gab noch etwas zu sehen, wenn die Mädeln in hochbepackten Körben das Geweihte heimtrugen.

Da lagen obenauf die buntgefärbten Eier, daneben saftige Schinken, Brot, Fleisch und Salz, und wer ein übriges tun wollte, setzte auf die schmackhaften Dinge ein schneeweißes Osterlamm aus Zuckerteig. Die Burschen musterten die Körbe und ihre Trägerinnen, und sagten jeder etwas Lustiges. Die älteren Leute schritten langsam durch den Friedhof; die Männer sahen über die Mauer weg auf die Felder, deren Saatfruchten sich in langen Reihen die Hügel hinaufzogen.

Unter den letzten kamen die Honoratioren von Erlbach. Der Lehrer, der Schulgehilfe, der Postexpeditor und der Stationskommandant mit seiner Frau.

Sie redeten von dem Verlaufe des Hochamts und Herr Stegmüller fragte, ob man nichts gemerkt habe, daß die Schallmaier Zenzi beim Kyrie eleyson viel zu spät eingesetzt habe. Er könne ihr das nicht abgewöhnen, denn sie habe eigentlich kein gutes Musikgehör. Die Frau Kommandant sagte, sie habe es wohl bemerkt und sie glaube auch, daß es dem Herrn Pfarrer aufgefallen sei, denn er habe seinen Kopf umgedreht und zum Chor hinaufgeschaut.

Und schad' sei es, sagte der Hilfslehrer, daß der Herr Mang nicht mitgesungen habe. Im vorigen Jahr' habe es so schön geklungen, das Solo beim Agnus Dei. Er selber habe es lang' nicht so gut herausgebracht.

Das ließ die Frau Kommandant nicht gelten und ihr Mann stimmte bei, daß der Herr Hilfslehrer ebenfalls eine ausgezeichnete Stimme habe.

Aber warum der Herr Mang weggeblieben sei?

„Ich weiß 's net," antwortete Stegmüller. „Gestern abend is er zu mir kommen und hat g'sagt, er wär' net aufg'legt zum Singen."

„Geht's seiner Mutter wieder schlechter?"

„Nein, die erholt sich recht gut."

„Vielleicht mag er nicht, weil er geg'n den Herrn Pfarrer was hat," meinte die Frau Kommandant. „Er war gestern mit'n Schuller in Nußbach."

„Gestern?" Stegmüller blieb stehen. „Von dem hat er mir nichts g'sagt."

„Mein Mann hat's erfahren, gelt, Karl?"

„Ja; er war im Bezirksamt, von meine Leut' hat'n einer g'sehen."

„So, so?"

„Es g'fallt mar eigentlich nicht, daß er Partei nimmt," sagte der Kommandant. „G'rad jetzt, weil er aus'treten is, schaut's a bissel sonderbar aus."

Seine Frau stieß ihn an.

„Du, da grüßt dich ein Soldat!"

Der Schuller-Sepp stand bei den Burschen und machte Front vor dem militärischen Vorgesetzten und rührt euch als dieser abwinkte. Und er machte es so stramm, wie man's lernt beim zwölften Regimeten.

„Ein ordentlicher Bursch!" sagte der Kommandant. „Er macht sich gut beim Militär. Was is? Geh'n wir zum Frühschopp'n. Zu Ehren des Festes?"

Stegmüller und der Hilfslehrer waren einverstanden und die Frau Kommandant sagte, sie gehe mit, aber sie müsse gleich wieder heim zum Kochen.

Die Wirtsstube war nicht so voll wie sonst an den Festtagen; denn Bauer und Knecht trachteten heim, um das Geweihte zu essen. Zwei Tische waren mit Gästen besetzt und sie grüßten alle freundlich, als die Honoratioren an ihnen vorbei ins Nebenzimmer gingen.

Neben dem Ofen saß noch ein Mann allein.

Er hatte die Arme verschränkt auf den Tisch gelegt und sah nicht auf. Der Kommandant bemerkte ihn.

„Is das net der Schuller?" fragte er und schaute noch einmal aus dem Nebenzimmer zurück.

„Ich glaub', er war's," antwortete Stegmüller.

Als die Kellnerin kam, fragte der Kommandant wieder.

„Gelt, der Schuller sitzt draußen?"

„Ja, er is scho seit a paar Stund' da und red't und deut' nix."

„Er kommt sonst net oft zu euch?"

„Scho seit a paar Monat is er nimmer rei' ganga. Heut' is er unter da Kirch' daher kemma. Und jetzt trinkt er oa Halbe nach der andern."

„Der muaß was B'sonderes haben," sagte der Kommandant. „Also prost, Herr Lehrer, aufs Wohlsein!"

*

„Wo gehst denn hi, Sepp?" fragte die Schullerin.

„Auf Webling umi."

„Geh, bleib do und geh zu unsern Wirt abi!"

„Warum nacha?"

„Du tatst mir an G'fall'n. Da Vata hockt drunt scho

unterzeichnet sind. Bezüglich der Interpellationen wird beschlossen, daß im Anschluß an dieselben Anträge gestellt werden können, desgleichen soll die Zulassung kleiner Anfragen an die Regierung zu Beginn der Sitzung zuläßig sein, an die sich aber keine Diskussion anschließen darf. Die Beschlußfassung über materielle Anträge, die im Anschluß an Interpellationen gestellt werden, kann auf Antrag von zehn Mitgliedern auf drei Tage ausgesetzt werden. Bezüglich der Petitionen sollen die bisherigen Bestimmungen im wesentlichen aufrecht erhalten werden.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung

erledigte gestern den Gesetzentwurf über die Aenderung des Gesetzes betreffend die Gebäudeversicherung. Gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen wurde beschlossen, daß künftig auch bei Bergsturz, Sturm- und Hochwasserschäden Entschädigungen bezahlt werden können.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

Die Debatte über das Budget der Wasser- und Straßenbaudirektion schleppt sich langsam weiter. Obwohl gestern eine größere Anzahl Redner zum Worte kam, konnte die Generaldebatte nicht zu Ende geführt werden. In der Hauptsache werden nur Lokalwünsche vorgebracht. Von sozialdemokratischer Seite sprachen die Genossen Müller und Kramer. Ersterer plädierte für Berücksichtigung einiger Bezirkswünsche, u. a. kritisierte er die Vergebung der Straßenbau-Arbeiten an italienische Unterakkordanten, die auch nur italienische Arbeiter verwenden. Genosse Kramer befürwortete die Unterstützung der Neckarschiffer und bessere Bezahlung der Landstraßenwärter. Sodann ersuchte Genosse Kramer die Regierung, so bald als möglich eine zweite Rheinbrücke für die Verbindung zwischen Mannheim und Ludwigshafen zu bauen. Der heutige Zustand sei unhaltbar geworden.

Voraussichtlich wird die Debatte noch die ganze nächste Sitzung in Anspruch nehmen.

⊙ **Karlsruhe**, 5. März 1912.

(32. Sitzung.)

Präsident **Rohrhurst** eröffnete nach halb 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister Frhr. v. Bodman, Ministerialdirektor Dr. Krems und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des **Budgets des Ministeriums des Innern** für 1912 und 1913 Ausgabe Titel 17, 18, 19, Einnahme Titel 10, 11: **Wasser- und Straßenbau; Bergwesen; Geologische Landesaufnahme,** sowie der Beratung der Interpellation und der Petition die **Notlage der Neckarschiffer** betr.

Sekretär Abg. **Kölblin** (natl.) zeigte die neuen Eingaben, mehrere Petitionen, an.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Frhr. v. **Gleichenstein** (Zentr.): Seinerzeit wurde oberhalb der Rheinbrücke bei Sasbach eine Bauanlage errichtet. Dieser Bau wurde den Wünschen von elsässischer Seite entsprechend zur besseren Verankerung der Schiffe errichtet. Durch die Bauanlage haben schon verschiedene Rheinschiffe Schaden gelitten, wobei ein Menschenleben zu beklagen war. Die ganze Einrichtung ist nur im Interesse der Großschiffahrt getroffen und die Kleinschiffahrt hat darunter zu leiden. Die Regierung möchte ich ersuchen, den Wünschen der Gemeinde Oberhausen auf Beseitigung der Hochwassergefahr infolge des hohen Wasserstandes des Innenrheins Rechnung zu tragen.

Abg. **Venedey** (Fortschr. Volksp.): Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn nicht gestern der Abg. Dietrich Ausführungen gegen die Schiffbarmachung des Rheins bis Konstanz gemacht hätte. Er hat den Standpunkt vertreten, daß die Sache nicht in Fluß kommen soll. Dem gegenüber muß hier auch eine andere Auffassung zum Ausdruck kommen. Mit seiner Ansicht dürfte der Abg. Dietrich ziemlich isoliert dastehen. Im Reichstag wurde auf Antrag des Abg. Zehnter angenommen, daß zu den Aufgaben, die nach Einführung der Schiffahrtsabgaben zu erfüllen sind, die Schiffbarmachung des Rheins bis Konstanz gehört. Die Konstanzer Handelskammer nimmt einen anderen Standpunkt ein, sie würde es lieber sehen, wenn die Schiffbarmachung ohne Schiffahrtsabgaben durchgeführt würde. Man kann aber auch die Schiffbarmachung des Oberrheins ausführen ohne Abgaben. Man macht sich von den Kosten und Schwierigkeiten ein zu düsteres Bild. Wir geben für große Bahnhöfe höhere Summen aus. Der allgemeine Wohlstand würde durch die Verwirklichung dieses Projektes einen großen Aufschwung nehmen. Erfreulich ist es, daß die Regierung auf dem letzten Landtage eine entgegenkommende Stellung eingenommen hat. Wenn das erste Schiff von der See den Rhein hinauf nach Konstanz fährt, so wünsche ich, daß die Landstände sich auf demselben befinden und ich in Konstanz dem Abg. Dietrich die Hand drücken kann. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Wittemann** (Zentr.) vertritt Wünsche der Gemeinden Gutach und Grünshofen bezüglich verschiedener Wegverbesserungen. Die Rheinkorrektion bis Konstanz muß durchgeführt werden. Nur bin ich entgegen des Standpunkts des Abg. Venedey der Ansicht, daß dies nur geschehen kann, wenn die Schiffahrtsabgaben eingeführt sind. Die Kosten für die Ausführung dieses Projektes sind ganz erhebliche und 30 Millionen reichen nicht aus.

Abg. **Weber** (Soz.):

Die Regierung möchte ich auf die Mißstände auf der Landstraße Karlsruhe-Durlach aufmerksam machen. Der Zustand dieser Straße ist gegenwärtig infolge der Umbauten und Ueberführungen ein sehr schlechter. Anläßlich des Kanalbaues von Durlach bis zur strategischen Bahn haben sich große Mißstände ergeben, da die Arbeiter unter der Staubbelästigung, die besonders die Automobile verursachen, zu leiden hatten. Die Firma Paul Schmidt und Sohn, welche die Arbeit ausführt, wendete sich beschwerdeführend an die Stadtverwaltung und diese wie das Bezirksamt wurden bei der Oberdirektion der Wasser- und Straßenbauverwaltung vorstellig. Diese war der Auffassung, daß einem Vorgehen der § 23 der Verordnung in Bezug auf den Verkehr mit Automobilen entgegensteht. Gemeindeverwaltung und die Oberdirektion einigten sich schließlich in dieser Sache durch ständige Verwendung eines Gieswagens. Die Straße befindet sich heute in einem trostlosen Zustande, was den Wunsch gerechtfertigt erscheinen läßt, die Straße zu pflastern. Der Redner vertrat sodann noch Wünsche im Interesse der Stadt Durlach bezüglich der Anwendung des Ortsstraßengesetzes. (Beifall.)

Abg. **Schmunck** (Zentr.): Dem Wunsche auf Durchführung der Renchkorrektion kann ich mich nur anschließen. Bezüglich der Rheinregulierung ist es zu beklagen, daß Elsaß eine Ueberschreitung bei den Arbeiten von 480 000 Mk. gemacht hat, an der Baden 40 Prozent zu bezahlen hat. Die Regierung wird in dieser Sache das tun, was den Interessen Badens entspricht.

Abg. **Banschbach** (kons.): Der Abg. Maier hat gestern gesagt, ich sei gegen eine Förderung der Neckarschiffahrt. Das ist nicht richtig. Gewundert habe ich mich allerdings, daß die Schiffer in Haßmersheim, das in meinem Wahlbezirk liegt, sich an die Sozialdemokraten gewendet haben. (Heiterkeit.) Den Notstand der Neckarschiffer erkenne auch ich an und ich wünsche, daß die Regierung helfend eingreift. Die Neckarbrücke in Obrigheim muß in eine feste Brücke umgewandelt werden. Verschiedene Bezirke in meinem Wahlkreise haben Wünsche mit Bezug auf Besserstellung von Landstraßen. Die Regierung bitte ich, diese Wünsche zu erfüllen.

Abg. **Ziegelmayer** (Zentr.) dankte der Regierung dafür, daß sie die Wünsche, welche er auf dem letzten Landtage bezüglich des Straßenwalzens vorgetragen, erfüllt werden und die Stadt Philippsburg ersucht die Regierung für einen besseren Abfluß der Saalbach zu sorger

Abg. **Müller-Schopfheim** (Soz.)

wünschte, daß bei den Steinverkleinerungsarbeiten, die von der Regierung im Wiesental vergeben werden, die einheimischen Arbeiter vor den ausländischen bevorzugt werden. Auf die Verhältnisse der Straßenwärter will auch ich nicht näher eingehen; deren Besserstellung ist geboten. Ich habe gehört, daß die Straßenwärter des Bezirks Lörrach, wenn sie nach Lörrach einbestellt werden, die Reisekosten, wie auch die Portokosten für Briefe dienstlicher Angelegenheiten aus ihrer Tasche bezahlen müssen. Ein solcher Zustand gehört beseitigt. Auf dem letzten Landtag habe ich darauf hingewiesen, daß die geologischen Verhältnisse des Dunkelbergs untersucht werden sollen. Ich bitte die Regierung, diese Sache nicht aus dem Auge zu lassen. Es finden nach wie vor große Erdsenkungen im Gebiete dieses Berges statt, die gefährlich sind. Entweder sollte man diese Löcher verschütten oder sie kennzeichnen, damit niemand Schaden leidet. Der Redner vertrat einige Wünsche bezüglich einer besseren Verbindung zur Hasler Höhle und Tschamber Höhle. Was die Schiffbarmachung des Oberrheins betrifft, trete ich dem, was der Abg. Venedey ausführte, bei. Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe des Oberlandes haben ein großes Interesse an dieser Frage. Die Regierung bitte ich, dieser Angelegenheit ihre größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Beifall.)

Abg. **Blümmel** (Zentr.): Bezüglich der Schiffbarmachung des Oberrheins trete ich dem, was der Abg. Wittemann ausführte, bei. Baden wird allerdings den Löwenanteil an diesem Projekte zu bezahlen haben. Ich möchte dann einen Wunsch der Stadt Waldshut der Regierung unterbreiten. Die Hauptstraße der Stadt Waldshut besitzt zwei Tore. Zu Beginn und am Schlusse der Schulzeiten, der Bureaustunden wie der Tätigkeit in den Fabriken entsteht an den beiden Toren infolge des großen Verkehrs eine starke Verkehrsstockung. Die Stadt will nun einen verbreiterten Gehweg anlegen und bittet dazu die Regierung um eine Unterstützung. Infolge der Arekorrektion hat sich an dem Ausfluß der Are in den Rhein eine starke Kiesbank gebildet, welche ein gewaltiges Strömen des Wassers nach der Waldshuter Seite hin und besonders nach den Badanstalten veranlaßt. Im Interesse der Stadt Waldshut ist es geboten, daß hier eine Besserung des Wasserlaufs veranlaßt wird. Des weiteren möchte ich die Regierung ersuchen, der Automobilverbindung Albbruck-Herrenwies eine tatkräftige Förderung zu Teil werden zu lassen.

Abg. **Kramer** (Soz.):

Das, was zu Gunsten der Landstraßenwärter und der Neckarschiffer vorgebracht wurde, kann ich nur unterstützen. Der Abg. Banschbach hat sich darüber beschwert, daß die Neckarschiffer aus dem Orte Haßmersheim seines Wahlkreises sich nicht an ihn gewendet haben, sondern an die Sozialdemokraten. Es ist nicht schön, daß die Leute ihren Abgeordneten ausgeschaltet haben. Ich an seiner Stelle würde mich in einem solch undankbaren Bezirk nicht mehr aufstellen lassen. (Große Heiterkeit.) Der Redner verbreitete sich sodann über Flußkorrektionen im allgemeinen, wobei er es für geboten erhielt, daß bei derartigen Anlagen auf die Fischereiverhältnisse Rücksicht genommen wird. Er wies dann auf den großen Verkehr hin, welcher sich tagtäglich auf der Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen vollzieht. Wer diesen Verkehr kennt, muß zugeben, daß die Rheinbrücke nunmehr zu schmal ist und dem Verkehr deshalb nicht mehr so dienen kann, wie es notwendig sein muß. Die Regierung wird daher den Bau einer weiteren Rheinbrücke ins Auge fassen müssen.

Abg. Dr. **Vogel**-Rastatt (F. V.): Der Abg. Schmidt-Karlsruhe hat gestern einige Wünsche bezüglich der Verbesserung von Straßen sowie bezüglich der Wintersdorfer Brücke und der Hügelsheimer Brücke vertreten. Ich kann diesen Wünschen nur beitreten. Ein Wunsch geht dahin, daß bei der Beschotterung von Straßen zweckmäßiger vorgegangen wird. Die Verbesserungen an geschotterten Straßen müssen so vorgenommen werden, daß ein Teil des Verkehrs aufrecht erhalten werden kann. Die Zustände an dem Bahnübergang Rastatt-Niederbühl sind unhaltbare. Die Generaldirektion will nun den Uebergang durch eine Ueberführung beseitigen, während die Stadt Rastatt eine Unterführung der Straße verlangt. Die Regierung hat für ihren Standpunkt auf die Hochwassergefahr hingewiesen. Durch die Anlegung eines Stauwerkes ist aber eine nennenswerte Hochwassergefahr nicht mehr vorhanden.

Abg. **Henninger** (Zentr.) befürwortete die Erstellung einer Elzbrücke in Kenzingen.

Abg. **Hilbert** (natl.): Auch ich habe einige Spezialwünsche vorzubringen. Einer bezieht sich auf die Korrektion der Höhe der Landstraße Nummer 28. Die Kosten für eine Aenderung der Straßenanlage sind nicht so bedeutend, daß man sie nicht ausführen könnte. Ein weiterer Wunsch betrifft die Besserstellung der Landstraßenwarte. In der Frage der Donauversinkung hat die Regierung einen Standpunkt eingenommen, den wir nur begrüßen können. Oberhalb des Stauwerks befinden sich zwei Versinkungsstellen, die schon lange hätten zugemacht werden sollen. Der Stadt Tuttlingen muß man etwas entgegenkommen. Ich hoffe, daß in dieser wichtigen Frage endlich eine Verständigung zwischen beiden Staaten erzielt wird.

Abg. **Röckel** (Zentr.) hielt es für zweckmäßig, den Auswüchsen des Automobilverkehrs durch höhere Bestrafungen entgegenzuwirken.

Minister Frhr. **v. Bodman**: Wenn ich mich zunächst dem Vater Rhein zuwende, so ist es bezüglich der Rheinkorrektion nicht so, daß der Ausfall für Baden durch die Ueberschreitungen der elsaß-lothringischen Verwaltung nur ein Teil von 850 000 Mark beträgt, sondern 850 000 Mk. Mit Recht wird verlangt, daß in dieser Angelegenheit die Regierung die Interessen Badens wahrt und dem Landtag hierüber Aufschluß gibt. Wir befinden uns zurzeit in einem Schriftwechsel mit der elsässischen Regierung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn wesentliche Abweichungen von dem Bauprogramm stattgefunden haben, wir nicht verpflichtet sind, für die Kosten aufzukommen. (Sehr richtig!) und daß wir, wo ohne Verständigung eine Aenderung eintrat, Elsaß dafür aufkommen lassen. Ich hoffe aber, daß es zu einer Verständigung kommen wird. Bezüglich des finanziellen Ergebnisses muß man eben erst die Vollendung der ganzen Arbeit abwarten. Es wurde in dem Laufe der Debatte von der Erstellung zweier Brücken, einer stehenden Brücke über den Rhein bei Hüningen und über die Erstellung einer zweiten Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen gesprochen. Bezüglich der ersteren Brücke haben wir mit Elsaß Verhandlungen gepflogen. Die Kosten einer festen Brücke sind sehr erheblich. Wir haben diese Ansicht der elsässischen Regierung gegenüber ausgesprochen und uns dahin geäußert, daß zurzeit an die Lösung dieser Frage nicht herangetreten werden kann. Was die zweite Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen anlangt, muß ich bemerken, daß diesbezüglich Anträge und Wünsche noch nicht an die Regierung gelangt sind und daher eine Beratung über diese Frage im Schoße der Regierung noch nicht stattgefunden hat. Wenn eine Anregung an uns gelangt, werden wir sie selbstverständlich prüfen. Die Erstellung einer solchen Brücke erfordert aber einen bedeutenden Aufwand, sodaß bei unserer Finanzlage diese Frage einer Lösung nicht so bald entgegengeführt werden könnte. Daß die Kosten der Rheinregulierung aus den Schiffahrtsabgaben gedeckt werden sollen, habe ich früher schon gesagt. Die Deckung erfolgt aber nur innerhalb der Erträgnisse der Abgaben. Reichen diese nicht aus, so besteht für das kommende Jahr ein Anspruch nicht mehr. Wenn ich zur Schiffbarmachung des Rheins von Kehl bis Basel und von Basel bis Konstanz übergehe, so muß ich sagen, es hat mich interessiert, von dem Abg. Dietrich zu hören, daß er die Regierung ermahnt, von Kehl aus mit der Schiffbarmachung vorsichtig vorzugehen, während er andererseits fordert, daß alsbald die Renchregulierung in Angriff genommen werden solle. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Regierung es nicht nur verschiedenen Personen nicht recht machen kann, sondern nicht einmal einem einzelnen Abgeordneten. (Große Heiterkeit.) Der Aufforderung, mit der Schiffbarmachung von Kehl bis Basel langsam zu tun, kann ich nicht entsprechen. Bezüglich der Schiffbarmachung von Kehl bis Basel haben wir uns mit der elsässischen Regierung bereits ins Benehmen gesetzt. Daß über die Frage der Donauversinkung im Hause ein durchaus versöhnlicher Ton herrschte, hat mich außerordentlich gefreut. Wir müssen die Angelegenheit von unserer Seite so behandeln, als ob Tuttlingen eine badische Stadt wäre, wir dürfen dabei aber auch die badischen Interessen nicht aus dem Auge lassen. Die Antwort der württembergischen Regierung auf unsere Vorschläge ist Ihnen bekannt. Dem Wunsche, die in Frage kommenden Gemeinden über das Projekt der Renchkorrektion zu hören, wird entsprochen werden. Ueber die Straßenwarte wurde von vielen Rednern gesprochen mit der Versicherung, daß sie, da eine Petition bezüglich der Verhältnisse der Straßenwarte vorliege, nicht sprechen wollten. (Heiterkeit.) Die Sache ist nicht so schlimm, wie behauptet wird und ein Mangel an tüchtigen Bewerbern besteht nicht. Bezüglich der Vorbildung der Ingenieure ist die Stellung der Regierung bekannt. Was die Verwendung in der Praxis betrifft, so wurde nur in einem Falle ein Ingenieur nicht zum Staatsdienst zugelassen. Die zweite Staatsprüfung hat erstmals im Herbst 1910 stattgefunden. Bezüglich der Neckarschiffer will ich noch bemerken, daß ein Gesuch um Unterstützung nicht an uns gekommen ist. Es war deshalb auch kein Anlaß vorhanden, der Regierung den Vorhalt zu machen, daß sie den Beschwerden nicht nachgegangen sei. Wir können doch nicht, wenn man hört, daß irgendwo ein Notstand besteht, die Leute bitten, eine Staatsunterstützung anzunehmen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Wir müssen warten, bis wir darum gebeten werden. Der Redner ging sodann noch auf eine Reihe der in der Debatte geäußerten Wünsche ein

---

seit in der Fruah. Dös woaß i net, so lang ma verhejrat' san."

„Wenn's d' monanst, geh'n i halt abi. Aba daß du gar a so ängstli bist?"

„Jetz' is fünfi auf'n Abend. Und seit in der Fruah hockt er drunt'."

„Er freut'n halt amal."

„Na, weg'n da Freud' tuat er's net. Du woaßt, wia 'r a gestern hoam kemma is. Koa Wort g'redt, und heut' is er furt in aller Fruah. I hab' g'mont, er geht vors Dorf außi und schaugt drauß'd umanand. Derweil sagt ma d' Zwerger Marie, daß er beim Wirt hockt. — Und jetzt hon i gar koa Ruah nimmer."

„Desweg'n brauchst net z' woana, Muatta!"

„Is ja wahr! Weil er dös no gar nia to hat! Jetzt trinkt er g'wiß in d' Wuat eini, und es kunnt eahm was g'schehg'n. Net amal zum G'weiht'n is er kemma."

„I geht jetzt abi. Bal i dabei bin, feit sie nix."

„Aba gwiß! Und schaug', daß er bald mit dir hoamgeht!"

Sepp machte sich auf den Weg ins Wirtshaus. Als er ins Gastzimmer eintrat, schlug ihm dichter Tabakrauch entgegen, und er schaute sich um, ob er in dem dichten Gedränge nicht den Vater sehen könne.

An jedem Tisch wurde er angehalten.

„Ah, da Sepp! Grüaß di Good! Hamm's di außa lass'n auf Urlaub? Da geh her! Trink amal!"

„Suachst g'wiß dein Vata?" fragte der alte Weiß Flori. „Dort hint' hockt a beim Ofa."

Sepp sah hin.

Da saß der Schuller noch am nämlichen Platze wie in der Frühe.

Den Hut hatte er ins Genick geschoben und er stierte mit gläsernen Augen vor sich hin.

Es waren viele Leute an seinem Tisch. Der Kloiber, der Zwerger und andere. Auch der Haberlschneider saß dort.

(Fortsetzung folgt.)

und sagte deren Prüfung zu, wobei er bemerkte, daß sich die Verlegung der geologischen Landesanstalt nach Freiburg bewährt habe.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen vertraten die Abgg. **Kurz** (Soz.), **Seubert** (Zentr.), **Kahn** (Soz.) und **Pfefferle** (natl.) verschiedene Spezialwünsche ihrer Wahlkreise.

Es folgen kurze persönliche Bemerkungen der Abgg. **Bauschbach** (kons.), **Kramer** (Soz.) und **Maier** (Soz.), worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Nächste Sitzung: Donnerstag ½10 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt schon über eine Million. Hier und da kommen noch einige Nachzügler, die nicht früh genug kündigten. Bis zur letzten Stunde glaubte mancher noch an eine Vermeidung des Streiks. Noch glaubten viele, daß der letzte Versuch des Premierministers am Donnerstag noch eine Einigung der Parteien vor Ablauf der Kündigungsfristen erzielen würde. Der Minister hielt eine Ansprache an die Mitglieder der Generalkonferenz der Bergarbeiterföderation, um sie zu bewegen, über die Höhe des Minimallohns zu verhandeln, er deutete darauf hin, daß die Regierung bereit sei, dem Minimallohn mit allen geeigneten Mitteln, die ihr zur Verfügung stünden, Anerkennung zu verschaffen. Doch die Generalkonferenz derBergarbeiter beschloß einstimmig:

„Die Angelegenheit des individuellen Minimallohns soll weiter dem Exekutivkomitee überwiesen werden, das weitere Verhandlungen fortsetzen soll; es wird dem Exekutivkomitee die volle Autorität erteilt, die Konferenz einzuberufen, so oft es notwendig erscheint.“

Nach der Annahme dieser Resolution vertagte sich die Generalkonferenz. Die Delegierten fuhren nach Hause. An eine schnelle Beendigung des Generalstreiks ist daher nicht mehr zu denken.

Die Situation zu Ende der Woche ist durchaus nicht so sehr verschieden von der Situation im Anfang der Woche, wie einen die bürgerlichen Blätter Großbritanniens glauben machen wollen. Die Bergarbeiter bestehen nach wie vor auf dem individuellen Distriktsminimallohn, d. h. den Lohn, der heute schon für die Bergarbeiter im allgemeinen gilt, der nur dem einzelnen Bergarbeiter heute nicht garantiert wird. Die Werksbesitzer weigern sich nach wie vor, diesen Minimallohn anzuerkennen. Zwar haben sich die Kohlenbesitzer Englands und Nordwales mit den Minimallohnvorschlägen der Regierung einverstanden erklärt, aber der Minimallohn, wie ihn die Regierung in Vorschlag bringt, ist verschieden von dem Minimallohn, wie er von den Bergarbeitern gefordert wird. Die Stellung der Bergarbeiter ist kurz wie folgt. Sie sagen: Wenn wir auf die Anerkennung des Prinzips des individuellen Minimallohns bestehen, so meinen wir damit die Anerkennung des Prinzips, daß der sogenannte allgemeine Distriktsminimallohn jedem Bergarbeiter bezahlt wird, ob der Arbeiter die entsprechende Kohlenmenge fördert oder nicht. Eine Liste der Minimallöhne wurde zu Anfang des Monats Februar von einer Konferenz der Bergarbeiterföderation aufgestellt, sie ist den Unternehmern und der Regierung unterbreitet worden.

Man erwartet jetzt allgemein, daß die Regierung versuchen wird, den Minimallohn gesetzlich einzuführen. Der gesetzliche Minimallohn müßte natürlich der von den Arbeitern verlangte sein, sonst wäre die Maßnahme nutzlos. Wird die Regierung den Mut und die nötige Unterstützung finden, um dies durchzuführen? Das ist der springende Punkt. Auch die Arbeiterpartei soll sich mit dem Gedanken tragen, eine Minimallohnvorlage für den Bergbau einzubringen, die die von den Bergarbeitern geforderten Löhne festgelegt werden würde. Herr Asquith erklärte im Parlament, daß es nutzlos sei, die augenblicklichen Verhandlungen fortzuführen.

Die südwalisischen Unternehmer erklären laut und oft, daß sie bis zum Aeußersten kämpfen werden und die Arbeiter sagen, daß sie es nicht eilig haben und auf den Sieg warten können. Vom Anfang der Verhandlungen an war es klar, daß sich die Bergarbeiter nicht auf das Asquithsche Angebot eines „angemessenen Minimallohns“ einlassen würden. Sie verlangten und verlangen für jeden Distrikt einen festen individuellen Minimallohn, der mit dem bestehenden allgemeinen Distriktsminimallohn identisch ist. Am 2. Februar setzte eine Konferenz der Bergarbeiterföderation diese Löhne endgültig fest. Die Forderung ist eine Mindestforderung, die nicht weiter herabgesetzt werden kann, ohne die bestehenden Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Einen guten Ueberblick über die Situation gab der Vizepräsident der Bergarbeiterföderation, Gen. Smillie.

Der Genosse Smillie, Präsident des schottischen Bergarbeiterverbands und Vizepräsident der Bergarbeiterföderation Großbritanniens, sagte:

„Folgendes hat sich ereignet: Die Regierung ersuchte die Vertreter der Bergarbeiter, die Lohnsätze zu rechtfertigen, die als Minimallöhne aufgestellt worden sind. Wir sind gern bereit, dies zu tun, können aber darüber nicht mit der Aussicht auf eine etwaige Reduzierung dieser Lohnsätze verhandeln. Der Vorstand der Föderation hat in Wirklichkeit nicht die Macht, einer Reduzierung zuzustimmen. Die Regierung drückte die Ansicht aus, daß wir mit den Kohlenbesitzern zusammenkommen sollten, um unsere Lohnsätze zu rechtfertigen. Wir antworteten, daß wir mit den Kohlenbesitzern nicht konferieren können, es sei denn, daß diese zuerst ihre Bereitwilligkeit, diese Lohnsätze anzuerkennen, kundgeben.

Die Bergarbeiter sind heute sicherer denn je, daß ihr Kampf erfolgreich sein wird und daß sie die in unserer Liste angeführten Lohnsätze erringen werden. Sie sind höchst enthusiastisch und sind der Ansicht, daß ihre Forderungen so bescheiden sind, daß von einem Fehlschlag ihrer Bewegung nicht die Rede sein kann.

Der Premierminister appellierte an uns, als vernünftige Männer zuzustimmen, daß eine angemessene Diskussion über die einzelnen Lohnsätze stattfinde. Wir erwiderten, daß wir vernünftige Männer sind und daß wir bereit sind, der Regierung die Vernünftigkeit unserer Forderungen zu beweisen. Wir sind der Ansicht, daß ein gewisser Mindestlohn notwendig ist, um den Bergarbeiter und seine Familie anständig zu ernähren, und daß der Bergarbeiter, wenn er Arbeit verrichtet, zu einem dazu notwendigen Einkommen berechtigt ist. Das ist der Prüfstein eines angemessenen Minimallohnes.

Wir haben die Ziffern schon nach sorgfältiger Erwägung auf den tiefsten Punkt herabgesetzt und wir sind nicht bereit, Verhandlungen zu eröffnen, um es schließlich einem Beamten der Regierung zu überlassen, zu entscheiden, was ein angemessener Minimallohn ist oder nicht.

Die Vorstandsmitglieder, die nach Hause gereist sind, kehren nicht nach ihren Distrikten zurück, um sich neue Instruktionen zu holen. Die Konferenz hat alle nötigen Instruktionen gegeben und man hat keinen Grund vorgebracht, weshalb diese Instruktionen in irgend einer Weise modifiziert werden sollten.

Das Publikum mag fragen, wie es kommt, daß der Minimallohn für einige Distrikte viel niedriger ist als für andere. Der Grund ist, daß wegen der Beschaffenheit der Gruben in gewissen Revieren die Bergwerke schließen müßten, wenn ein höherer Minimallohn festgesetzt worden wäre. Natürlich hegen wir nicht den Wunsch, ein solches Resultat herbeizuführen.

*

Die Lage in England.

London, 5. März. Nach einem Telegramm aus Liverpool verlautet, daß der heute in London tagende Transportarbeiterverband seine Absicht bekannt geben wird, im Falle der Entsendung von Militär zum Schutze der Kohlenbergwerke und Kohlenzüge dem Bergarbeiterverbande zu Hilfe zu kommen und die Transportarbeiter des ganzen Landes auf den Plan zu rufen.

London, 5. März. **Andauernd kommen Nachrichten über die Schließung von Fabriken und die Stillegung öffentlicher und privater Werke aus allen Teilen des Landes, besonders aus den Eisenindustriebezirken. Der Eisenbahn- und der Schiffsverkehr wird immer unregelmäßiger, namentlich der der Küstenschiffahrt. Die Zahl der jetzt wegen Kohlenmangels feiernden Arbeiter wird auf 270 000 geschätzt, abgesehen von den Bergarbeitern. Die Eisenbahngesellschaften lassen 2600 Züge weniger als gewöhnlich laufen. Zu großen Unzuträglichkeiten kam es in den Morgenstunden auf den südlichen Linien der Vorortbahnen.**

In Schottland sind die Kohlenpreise um 300 Prozent gestiegen. Zahlreiche Reisende können nicht mehr von einer Stadt zur anderen fahren infolge der Einschränkung des Eisenbahndienstes. Man kündet Schließung einer ganzen Anzahl von Fabriken an. Im Verlauf einer Versammlung der Eisenbahner in Sheffield wurde beschlossen, unter allen Umständen die Bergarbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Lage in Deutschland.

Die beiden Dampfergesellschaften, die den Personenverkehr auf dem Kieler Hafen betreiben, machen bekannt, daß sie wegen des englischen Kohlenarbeiterstreiks den Verkehr einschränken müssen.

Köln, 5. März. Die Bergarbeiterführer geben sich alle erdenkliche Mühe, die Ruhr-Bergleute vor einer weiteren Ausdehnung des Streiks abzuhalten, ob mit Erfolg, muß der heutige Tag ergeben.

Dortmund, 5. März. Die Regierung sieht die Lage als ernst an. Gestern Abend traf der Regierungspräsident von Bake aus Arnsberg in Dortmund ein, um mit den Vertretern der Stadtverwaltung über die Mittel und Wege zu beraten, wie die Ordnung und Ruhe beim Ausbruche des Streiks am nächsten Montag aufrecht erhalten werden kann. Die Stadt Dortmund hofft, mit den vorhandenen Polizeibeamten auszukommen. Für die Streikbezirke außerhalb Dortmunds stehen in streiklosen Großstädten Mannschaften der Polizei und Gendarmerie bereit, um im Bedarfsfalle sofort in die Streikgebiete abzurücken. Die Regierung hat sich auf alle Fälle gerüstet, obwohl die Behörden hoffen, daß Dank der Verständigkeit der Bergleute und dem Einfluß der Führer die Ruhe und Ordnung nicht gestört werden wird.

Die Bergarbeiter der Zeche Kaiserstuhl, die Montag die Arbeit niedergelegt hatten, sind heute wieder angefahren. Auf Zeche Scharnhorst fand Montag eine Versammlung statt, die zwar die Wiedereinfahrt ablehnte, aber in einer Resolution die Belegschaften der übrigen Zechen aufforderte, solange zu arbeiten, bis die Parole von den Organisationsleitungen herausgegeben wird.

Die österreichischen Bergarbeiter.

Prag, 5. März. Die organisierten Bergarbeiter des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers haben eine Forderung auf 25 Prozent Lohnerhöhung eingereicht und den Bergwerken unter Streikandrohung eine Frist von vierzehn Tagen gegeben. Die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter beträgt 12 000.

Von der französischen Bergarbeiterbewegung.

Aus Paris wird uns gemeldet: Die französischen Bergleute beginnen ebenfalls sich an der Bewegung zu beteiligen. Die Kameraden des Loire-Kohlengebiets haben als Sympathiekundgebung für die englischen und deutschen Bergleute für den 11. März einen 24stündigen Generalstreik beschlossen. Die Bergleute von Pas de Calais und des Nord-Beckens werden einer Mitteilung der „Humanitee“ zufolge wahrscheinlich den Sympathiestreik beschließen, dabei aber die Forderung stellen, daß die Alterspension für Bergleute auf 730 Franken erhöht wird. Bindende Beschlüsse werden erst am 4. März in der vom Exekutivausschuß des Bergarbeiterverbandes nach Lens einberufenen Sitzung gefaßt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. März.

(20. Sitzung.)

Fortsetzung des Etats des Reichsamts des Innern.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.): Wir haben die Entwickelung, die sich jetzt vollzieht, vorausgesehen und deshalb die elsaß-lothringische Verfassungsreform nicht mitgemacht. Redner spricht über die Zigeunerplage und die Frauen-Bewegung, wobei er das Vorgehen der englischen Suffragetten mißbilligt. Durch eine Resolution fordern wir den Schutz der Arbeitswilligen. Wir wollen kein Ausnahmegesetz, sondern nur die arbeitswilligen Arbeiter vor Gewalttaten schützen. Ich verstehe den Standpunkt des Staatssekretärs nicht, der erklärt hat, daß eine Aenderung der Gesetze nicht notwendig sei. Ich bitte den Staatssekretär, bei der Vorbereitung der Handelsverträge nur allgemein handelspolitische Rücksichten zu nehmen. Ueber die Erhöhung der Getreidezölle, die wir erstreben müssen, sind irgendwelche Beschlüsse vom Bunde der Landwirte oder von den Konservativen noch nicht gefaßt worden. Wir wollen den lückenlosen Zolltarif ebenso wie die Industrie. Wir haben besonders die Lücken bei der Gärtnerei im Auge. In der Sozialpolitik wollen wir nicht stillstehen, sondern fortschreiten. Sie muß ergänzt werden zur Festigung und Hebung des selbständigen Mittelstandes. Die größte Gefahr für den Mittelstand ist die Verschmelzung einiger Großbanken mit großen industriellen Unternehmungen. Wir brauchen eine kraftvolle Regierung, die große Mittel anwendet.

Staatssekretär Dr. **Delbrück** bestreitet zunächst, daß seine Ausführungen über das geforderte Arbeitswilligen-Gesetz anderen Regierungs-Erklärungen widersprächen und wiederholt seine Erklärung, daß nach seiner Auffassung die Bestimmungen des § 153 G.O. ausreichen, wenn die zuständigen Organe des Staates ihre Pflicht tun. Der Staatssekretär macht sodann seine gestern angekündigten Ausführungen über die Mittelstandsfragen. Der Bauernstand hat sich unter dem Einfluß unserer Wirtschaftspolitik zweifellos gehoben, und es würde nicht ratsam sein, von Reichswegen neu einzugreifen in die Entwickelung. Das ist Sache der Bundesstaaten. Aus meiner genauen Kenntnis der Verhältnisse halte ich auch die Vorstellung für falsch, daß im Osten die Tendenz der Entwicklung des Großgrundbesitzes auf das Bauernlegen geht. Beim gewerblichen Mittelstand muß man unterscheiden zwischen dem selbständigen Mittelstand und dem neuen Mittelstand, für den wir jetzt das Versicherungsgesetz der Privatbeamten gemacht haben. Ueber die Konkurrenzklausel im Handelsgewerbe wird zur Zeit im Reichsjustizamt verhandelt. Das Erfinderrecht kann nur mit der Neuregelung des Patentwesens zusammen geregelt werden. Ich hoffe, bald in der Lage zu sein, eine solche vorzuschlagen. Der Staatssekretär wendet sich sodann dem selbständigen Gewerbe zu, dem eigentlichen Mittelstand. Die Maßregeln zum Schutze des Handwerks müssen sich in der Hauptsache auf die Zweige beziehen, die einen gewissen Individualismus und eine gewisse Kunstfertigkeit des Meisters erfordern. Man muß bestrebt sein, dem Handwerk möglichst die Vorteile des Großbetriebes zugänglich zu machen: Kapital, Kredit, Kalkulation und Motorkräfte. Das ist Sache der Bundesstaaten und der Gemeinden. Die Gesetzgebung ist nicht untätig gewesen, aber das Handwerk hat sie sich nicht in richtiger Weise zu Nutze gemacht, Genossenschaften usw. Der Staatssekretär erklärt die Geneigtheit der verbündeten Regierungen, eine Möglichkeit zu schaffen, daß der Industrie eine Beitragspflicht zu den Kosten der Lehrlings-Ausbildung auferlegt wird. Submissionswesen und ähnliche Dinge müßten im Verwaltungswege geregelt werden. Der Staatssekretär schließt mit der Versicherung, daß er volles Verständnis für die schwierige Situation des Handwerks habe und redlich bemüht sei, mit allen verfügbaren Mitteln zu helfen. (Beifall.)

Abg. **Marquardt** (natl.) spricht über das Verhältnis des neuen Mittelstandes und fordert u. a. für die Handlungsgehilfen Erweiterung der Sonntagsruhe, einen festen frühzeitigen Ladenschluß, baldige Regelung der Frage der Konkurrenzklausel und weitgehendstes Koalitionsrecht.

Abg. **Gothein** (f. Vp.): Unter dem neuen Zolltarif ist noch jeder Handelsvertrag schlechter geworden als sein Vorgänger. Die Konjunktur wird überschätzt. Die Auswüchse der Kartelle lassen sich nur beseitigen durch Schaffung von Konkurrenzmöglichkeiten. Redner fordert eine Produktions-Statistik und spricht dann über die Schutzzollpolitik, die mangelhafte Vorbereitung der Handelsverträge, die Unzuverlässigkeit amtlicher Erhebungen und das dauernde Steigen der Güterpreise, das an der Entvölkerung des platten Landes mit schuld sei. Redner erklärt, daß seine Partei eine Reichsgesinde-Ordnung als Gesetzentwurf verlangen müsse, wenn die Regierung weiter versage.

Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung.
Schluß ¼7 Uhr.

Kommunalpolitik.

Bau von Arbeiterwohnungen in Elberfeld. Die Stadtverwaltung von Elberfeld wird ein ihr gehöriges großes Terrain an der Uellendahlerstraße, im Nordosten der Stadt, aufteilen und mit Arbeiterhäusern u. Einfamilienhäusern für Beamte und Bürger bebauen. Sie hat zu diesem Zweck einen Wettbewerb ausgeschrieben und Preise in Höhe von 1200, 500 und 300 Mk. ausgesetzt. Das Terrain ist im Mirkerbachtal und an dessen bewaldeten Höhenzügen gelegen.

Zweckverbandsdirektor für Groß-Berlin. In der im Stadtverordnetensitzungssaal stattgehabten Versammlung des Zweckverbands Groß-Berlin wurde bei der Wahl der Berliner Kämmerer Dr. Steininger mit 56 gegen 45 Stimmen, die auf den Oberbürgermeister Vogt-Barmen fielen, zum Direktor des Zweckverbandes Groß-Berlin gewählt.

* **Hockenheim**, 4. März. Nach Beendigung der Bürgerausschußwahlen setzt sich der Bürgerausschuß nunmehr zusammen aus: 27 Zentrum, 18 evang. Männerverein, 16 Fortschrittlern, 9 Sozialdemokraten und 5 Nationalliberalen.

Weingarten, 3. März. Die Wahlen zum Bürgerausschuß sind auf folgende Tage festgesetzt: 3. Wählerklasse: Dienstag, 26. ds. Mts. von 11—8 Uhr, 2. Klasse: Donnerstag, 28. ds., von 12—8 Uhr, 1. Klasse: Samstag, 30. ds., von 11—2 Uhr. Dem Gemeinderat wurde ein von 70 Wählern der 3. Klasse unterzeichneter Antrag unterbreitet, die Wahl der 3. Klasse an einem Sonntag vorzunehmen. Daraufhin ist ein ablehnender Bescheid zugegangen. Die Gründe anzugeben hat sich der Gemeinderat geschenkt. Offenbar sind sie derart, daß sie sich in der Oeffentlichkeit nicht sehen lassen können. Den Arbeitern braucht man ein solches Entgegenkommen ja nicht zu zeigen. Zu dem ablehnenden Bescheid scheint auch noch die Sorge mitgespielt zu haben, einmal den Krähwinkler Landsturm in etwas zu überholen. Diese Ablehnung der Sonntagswahl reiht sich der Einschätzung der Arbeiter, wie wir sie bei der Festsetzung der Bürgerausschußsitzungen kennen gelernt haben, würdig an. Die Arbeiter werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Ettlingenweier, 4. März. In gegenwärtiger Zeit dürfte es gewiß wohl nur noch wenige Gemeindebehörden geben, denen das nötige Verständnis und der Willen fehlen, um Bürgerausschußsitzungen abends abzuhalten. Die hiesige Behörde aber ist, wie es scheint, stolz darauf, daß diese Rückständigkeit noch bei ihr vorhanden ist, denn ihr beliebt es, die Ausschußsitzungen, mit wenigen Ausnahmen, unter Tags abzuhalten. Auch am letzten Samstag war die Zeit auf halb 2 Uhr festgesetzt. Das Verhalten der Gemeindebehörde in dieser Beziehung soll daher einmal etwas beleuchtet werden. Da ist erstens schon die Einladung zu den Sitzungen gesetzwidrig, denn, obwohl die Gemeindeordnung vorschreibt, daß die Mitglieder des Bürgerausschusses wenigstens 4 Tage zuvor persönlich unter Benachrichtigung der Tagesordnung einzuladen sind, die hiesige Behörde begnügt sich damit, dies 1 oder 2 Tage vor der Sitzung geschehen zu lassen. Auch sonst versteht man es, die ohnedies schon kümmerlichen Rechte des Ausschusses zu beschneiden. Wir wollen zwar für heute die etwas zurückliegenden Fälle außer acht lassen. Das Verlangen der Bürgerausschußmitglieder, die Sitzungen abends abzuhalten, sucht der Herr Bürgermeister damit abzutun, daß er äußert, „abends wollen die Leute schlafen". Davon merkt man aber nach der Wahl eines Bürgermeisters oder Gemeinderats nichts, bei welchen Anlässen der Gott Gambrinus seinen vollen Segen auf die Wähler herabzulassen hat die halbe Nacht hindurch. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, daß man die Arbeiter mit Gewalt von den Bürgerausschußsitzungen fernzuhalten suchen will und ein großer Teil der Arbeiter äußert sich auch, „ich wähle nicht mehr bei einer Gemeindewahl, die machen doch, was sie wollen". Wir können aber versichern, daß wir den Herren nichts schenken werden und wenn uns eine Kritik auf dem Rathause unmöglich gemacht wird, so werden wir dies in der Oeffentlichkeit nachholen, wer dabei den Kürzeren zieht, wird die Zukunft lehren.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Sozialdem. Verein.** In der am letzten Samstag abend in „Schwanen" stattgehabten, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Gen. Landtagsabg. Maier-Heidelberg über „Die Etatdebatten im Landtag". Redner besprach zunächst kurz die Finanzverhältnisse und die hauptsächlichsten Etatpositionen in ihren Verhältnissen zueinander, sowie nach ihrer materiellen und politischen Tragweite. Eingehend wurde die Stellung des Ministeriums zu den diversen Fragen, sowie den Parteien gegenüber behandelt. Die beiden Minister, Herr v. Dusch und Herr v. Bodman, könnten nun einmal nicht die Konsequenzen aus den politischen Verhältnissen Badens ziehen, das sei wohl zum Teil auch auf den „Druck vom Norden" zurückzuführen, andererseits versteiften sich die Herren auf die rechtsstehenden Parteien und wohl auch darauf, daß in vielen Fragen eben auch die Nationalliberalen unsichere Kantonisten seien. Die Sammlungspolitik der Minister richtet sich gegen die Sozialdemokratie, der man konsequent die Gleichberechtigung verweigert, indem man unter Berufung auf den Diensteid der Beamten immer wieder erklärt, ein Beamter könne nicht Sozialdemokrat sein. Die Großblockpolitik habe sich bei den diesmaligen Etatberatungen dank der Haltung der Nationalliberalen als unfruchtbar erwiesen. Wenn das Zentrum bei den kommenden Landtagswahlen wieder eine ähnliche Taktik befolge, wie bei den Reichstagswahlen im 9. und 10. Kreis, d. h. Nationalliberale schon im ersten Wahlgang unterstütze, um die Sozialdemokratie zu schwächen, scheint es nicht ausgeschlossen zu sein, daß der Großblock in die Brüche geht. Es hänge dies natürlich davon ab, ob bei den Nationalliberalen in diesem Fall die Mandatsucht die politische Einsicht überflügelt. Andererseits sollte man allerdings glauben, daß die derzeitigen politischen Verhältnisse im Reich sowohl als auch die Haltung der Zentrumsmehrheit im bayerischen Landtag eigentlich den Großblockgedanken zu stärken geeignet seien. Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze, aber interessante Diskussion, an der sich die Genossen Flohr, Rollwagen, Menzel und Boschert beteiligten.

Ettlingen.

1. **Nationalliberal.** Der nationalliberale „M. C." läßt sich folgendermaßen aus:

Ein konservativer Führer über die Steuerbelastung. In selten offenherziger Weise hat der konservative Graf Kanitz, Mitglied des Reichstags und des preußischen Landtags, sich über konservative Steuerprinzipien in der Sitzung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 20. Februar ausgesprochen. Er beklagt sich über die Entwicklung, die die Einkommen- und Ergänzungssteuer seit 1892 genommen hat. Die Kapitalsbildung würde dadurch erschwert und damit auch die Bildung des Volksvermögens. Er erhebt Protest gegen die jetzigen Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer; er beklagte sich darüber, daß die Einkommenstufen von 1200 bis 1500 Mk. frei bleiben von dem Zuschlage. Dann führt er im Anschluß daran aus:

„Ueberhaupt ist man nach meiner Meinung mit Konzessionen und Steuererleichterungen für die breiten Volksmassen schon viel zu weit gegangen . . . Damit stellen wir die Volksmassen nicht zufrieden. (Lebhafte Zustimmung.) Die lassen sich eben nicht zufriedenstellen. Die verlangen ganz was anderes und der Dank für alle die Opfer und Aufwendungen sind — die 110 Sozialdemokraten im Reichstage. (Lebhafter Beifall.) Ich bin durchaus dagegen, daß man die sogen. schwachen Schultern bloß schont und alles auf die sogen. starken Schultern wälzt. Auch die müssen schließlich zusammenbrechen. Brechen die aber zusammen, dann sind die schwachen auch nicht mehr zu halten. (Zustimmung.)

Hierzu bemerkt das Blatt: Darauf, daß die 110 Sozialdemokraten die Folge sind der einseitigen Belastung der breiten Volksmassen bei der letzten Finanzreform, deren schwache Schultern man keineswegs schonte, scheint der Herr Graf nicht zu kommen. Wodurch sind aber wohl bei der Finanzreform die starken Schultern zuviel belastet?

Der nationalliberale „M. C." ist also der Ansicht, daß der konservative Graf unsinniges Getratsch verübte und stellt fest, daß die glorreiche Reichsfinanzreform nicht die starken, sondern die schwachen Schultern mit den neuen Steuern belastete. Was sagt aber Herr Wittum, der Parlamentsvertreter des 9. Kreises, der angeblich nationalliberale Abgeordnete, hierzu? Er bedauerte, daß die Reichsfinanzreform in ihrer Gesamtheit nicht von allen bürgerlichen Parteien, also einschließlich der Nationalliberalen, gemacht werden konnte! Wenn man weiter weiß, daß die „Liberalen" schon 400 Millionen Mark neuer Steuern auf die schwachen Schultern legten, als sie unversehens von den „Schwarzblauen" ausgeschalten wurden, dann erscheinen diese „Volksfreunde" in einem eigenartigen Lichte.

Offenburg.

— **Aus der Stadtratssitzung vom 29. Februar.** In heutiger Sitzung wird die Beratung des Gemeindevoranschlags nebst Nebenvoranschlägen zu Ende geführt. Bei der geringen Zunahme der Steuerkapitalien, weil die Hälfte der herüberzunehmenden Sparkassenüberschüsse vorweg für das Krankenhaus in Anspruch genommen werden und große Ausgaben unvermeidlich, ergibt sich eine Unzulänglichkeit der Einnahmen von 432 540 Mk., zu deren Beschaffung eine Umlage von 36 Pf. (statt 34) erforderlich ist. Diese ergibt 432 731 Mk. Der Voranschlagsentwurf wird nunmehr in Drucklegung abgegeben. Auf die Arbeiten und Lieferungen für Einwölbung des Waldbaches auf eine Länge von 175 Meter sind 10 Angebote eingelaufen, deren höchstes fast 50 Prozent teurer ist als das niederste. Auf nochmalige besondere Anfrage beim Submittenten des niedersten Gebots erklärt dieser ausdrücklich, die Arbeit um sein Angebot auszuführen. Dieselben werden hiernach, da er sich zur maschinellen Betonbearbeitung bereit erklärt hat, dem Herrn Bauunternehmer Ludwig Fischer jg. hier übertragen. — Die Stadtgemeinde Offenburg wird als korporatives Mitglied des Badischen Fischereivereins angemeldet.

Eggenstein, 4. März. Herr Neck und die Landwirtschaft. Ein Landwirt schreibt uns: Da in unserm Ort der Zentner Heu auf dem Feld schon 3,25 Mk., ja sogar noch darüber steht, so kann von einer großen Viehzucht keine Rede sein. Was die Landwirtschaft in unserer Mustergemeinde Eggenstein anbetrifft, so sind die Bodenverhältnisse so weit ausgenützt, daß der Morgen gutes Land 80 Mk. Pachtzins kostet. Es kann also, wie Herr Neck im Landtag anführte, kein Rückgang vorhanden sein. Natürlich, ihm wäre es als Agrarier auch lieber, wenn der Morgen auf 100 Mk. käme. Bemerkt muß werden, daß zum teuren Pachtzins bei jeder Saat noch tüchtig gedüngt werden muß. Die Arbeiter können bei solchen Verhältnissen nicht auch noch Feldbau betreiben. Wenn Herr Abgeordneter Neck sich geäußert hat, daß die Arbeiterfrauen den Bauern nicht mithelfen wollen bei den Feldarbeiten, so ist das auf den „hohen" Lohn, der bezahlt wird, zurückzuführen, 1,20 Mk. bis 1,40 Mk. von morgens früh bis abends spät. Das hat natürlich Herr Neck nicht vorgebracht im Landtag. Die zigarettenrauchende Jugend, wie es Herr Neck anführte, ist nur bei seiner Partei zu finden.

Besser wird in keinem Ort der Feldbau gehandhabt wie in Eggenstein und mehr kann nicht mehr daraus erzielt werden. Es ist bedauerlich, daß Herr Neck solche Dinge im Landtag vorbrachte. Jedenfalls liegt ihm die Reichstagswahl im Magen, weil auf einmal die Arbeiterfrauen und jungen Leute schuld sein sollen am Rückgang der Landwirtschaft.

Mörsch, 4. März. In der Nr. 53 unseres Blattes brachten wir einen Artikel, in dem wir von der Klage eines Gemeinderats gegen Herrn Pfarrverweser Sälzler berichteten, weil dieser sich geäußert haben sollte: „Der Gemeinderat sind Lausbuben". Herr Pfarrverweser Sälzler sendet uns nun zu diesem Artikel eine Zuschrift folgenden Inhalts:

In Nr. 53, Seite 5 des „Volksfreund" heißt es in einer Notiz von Mörsch, ich hätte in einem Gasthause hier geäußert: „Der Gemeinderat sind Lausbuben".

Ich bin der festen Ueberzeugung, diesen Ausspruch nicht getan zu haben. Es klingt auch mindestens wenig glaubhaft, daß diese Aeußerung gerade einem Mitgliede des Gemeinderats gegenüber geschehen sein soll. Zwei Männer, die der damaligen Auseinandersetzung mit Herrn Gerstner von Anfang bis zu Ende zuhörten, sind jederzeit bereit, unter Eid zu bezeugen, daß obiger Ausdruck nicht gefallen ist. Der von mir eingegangene Vergleich beginnt in seinem Hauptteil mit dem Satze: „Der Beklagte behauptet, die Aussage nicht gemacht zu haben." Der Kläger hat diesen Satz durch seine Unterschrift anerkannt.

Der Grund, daß ich überhaupt einen Vergleich einging, liegt nicht in einem Schuldbewußtsein meinerseits. Nur der Umstand, daß der beleidigende Ausdruck vor ungefähr 8—9 Monaten geschehen sein soll, und daß nunmehr Eid gegen Eid ausgespielt werden sollte, ließ es mir für rätlich erscheinen, durch einen Vergleich Schlimmeres zu verhüten. Viel klarer wäre die Sache, wenn der beleidigte Herr Ochsenwirt Gerstner schon vor acht Monaten Klage gegen mich erhoben und seinen Kollegen im Gemeinderat Mitteilung von der behaupteten Beleidigung gemacht hätte. Man wird es kaum verübeln können, wenn die Tatsache und die Umstände der späten Bekanntgabe der angeblichen Beleidigung mir Anlaß bieten zu einer Beurteilung eigener Art.

* **Pforzheim**, 4. März. In verflossener Nacht ¼3 Uhr ist in der Bürstenfabrik von Joseph Weiler, Kaiser Friedrichstraße Nr. 28, Hintergebäude, auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen, wodurch ein Gebäudeschaden von etwa 3000 Mk. und an Fahrnissen (Rohmaterialien und fertige Waren) ein Schaden von über 1000 Mk. entstanden ist. Der Brandbeschädigte ist versichert.

* **Bestenheid**, 5. März. Gestern Morgen wurde der Bürstenhändler Müßig von vier Bahnarbeitern überfallen und lebensgefährlich verletzt. Drei der Arbeiter konnten verhaftet werden, während der vierte flüchtig ging.

* **Schopfheim**, 5. März. Heute Nacht brannte ein Teil des Wohnhauses des Küfermeisters Kaucher nieder. Die Einwohner des Hauses mußten durch die Fenster gerettet werden, da zuerst das Treppenhaus vom Feuer ergriffen wurde.

Der italienisch-türkische Krieg.

Paris, 5. März. „Echo de Paris" schreibt: Die Großmächte setzen ihre Bemühungen fort, zu intervenieren, die Beilegung des türkisch-italienischen Krieges zu erzielen. Bis jetzt haben diese Bemühungen noch keinen Erfolg gezeitigt. Italien ist weiterhin entschlossen, alle Friedensvorschläge abzulehnen, welche nicht die Anerkennung der Oberhoheit Italiens über Tripolis und die Cyrenaika enthalten. In Konstantinopel ist man andererseits ebenso fest entschlossen, unter diesen Bedingungen den Frieden nicht zu schließen. Unter diesen Umständen sieht man nicht, in welcher Weise die Mächte eine Intervention bewerkstelligen wollen.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Die Stumme von Portici".

Große Oper in 5 Akten (nach Scribe und Delavigne) von D. F. E. Auber.

Am 6. Februar waren es 83 Jahre, daß man hier erstmals Aubers „Stumme" zur Aufführung brachte. Ja — damals schien man es sich noch angelegen sein zu lassen, dem Publikum schnellstens (!) mit den gangbarsten Novitäten aufzuwarten, denn knapp ein halbes Jahr nach der ersten deutschen Aufführung in Rudolstadt (16. Okt. 1828) durfte man auch hier schon das wegen seines freiheitlichen Inhalts epochemachende Werk auf der Bühne begrüßen. Die „Stumme" hat zu ihrer Zeit einen wahren Siegeszug über die deutschen und außerdeutschen Bühnen gefeiert, nach jeder ihrer Aufführungen gings wie ein schwellender, befreiender Lenzsturm durch Stadt und Land und mancher in dumpfer Knechtschaft und Abhängigkeit hinbrütender Träumer wurde durch sein lockendes Rütteln wach und besann sich seiner Männerwürde und seiner unantastbaren Menschenrechte!

Die „Stumme von Portici" — (so schreibt Wittmann) — ist das Vorspiel, die Marseillaise der zwei Jahre darauf erfolgten Juli-Revolution. Die Oper glüht aber auch von umstürzlerischer Begeisterung; unter den Tönen dieser großen dramatischen Hymne begannen nicht allein die Kämpfe in Frankreich, sondern auch im Ausland, in Brüssel, Mailand, Warschau. Die „Stumme" wirkte blitzschlagartig, elementar, und das Volk nahm sie ernst, blutig ernst. Bei der Erstaufführung in Brüssel (25. August 1830) kam das Publikum in eine so hochgradige, wildaufschäumende Erregung, daß es, bis zur besinnungslosen Wut entflammt, in die Straßen der Stadt hinausstürzte, die Volksmassen mit sich fortriß, den Palast des holländischen Justizministers, die Wohnung des Polizeidirektors, die Druckerei des niederländischen Regierungsblattes zerstörte und damit das Signal zum Ausbruch der Revolution gab. Man nannte die „Stumme", welche von keinem anderen musikalischen Werke in seiner furchtbaren Wirkung überboten ist, einfach die „Revolutionsoper".

Auch in Deutschland kam es zu ernsthaften Vorgängen; waren diese zwar nicht so verheerend in ihrer Wirkung, so bildeten sie immer doch schon ein „brenzliges" Vorzeichen für das unaufhaltsame Herannahen der deutschen Volkserhebung und Selbstbefreiung.

Somit bildet also die „Stumme" mit ihrem Helden, dem neapolitanischen Fischer und Volksbefreier Thomas Aniello (Masanielle i. d. Oper), abgesehen von ihrer hohen musikalischen Bedeutung, nicht nur ein Schatz herrlicher, echter und großzügiger Musik, sondern für uns und unsere Leser eine Verherrlichung, eine Glorifikation sozialistisch-republikanischer Ideen und ein Erlösungsfang nach Befreiung von tyrannischer Herrschaft, von ungleicher Machtverteilung und von schmachvoller, unwürdiger Knechtschaftsbande. Ein heiliges Glaubensbekenntnis tiefwurzelnder Freiheits- und Vaterlandsliebe liegt doch in den Worten Masaniellos verborgen:

„Nur Mut allein vermag uns noch zu retten,
Schwer liegt auf uns das Joch der Tyrannei;
Abschütteln wir der Knechtschaft Ketten,
Wenn die Tyrannen fallen, sind wir frei!" —

oder:

„Das teure Vaterland zu retten,
Sind wir bereit mit Kraft und Mut,
Ja, wir zerreißen seine Ketten
Und opfern freudig unser Blut!
Das Vaterland und heil'ge Rechte
Verteid'gen wir mit Löwenmut!"

(Duett, 2. Akt.)

*

Die Aufführung, welche unter Leop. Reichweins musikalischer Leitung stand, nahm in allen Stücken einen glänzenden imposanten Verlauf; schon mit der Ouvertüre erzielte er einen starken Erfolg. Die Tempi waren rhythmisch straff, von wirkungsvoller Lebendigkeit und von einem ungeahnten Feuer hinreißender Leidenschaft und Begeisterung getragen und durchglüht. Nebst dem musikalischen Oberhaupt muß auch seiner trefflichen Künstlerschar, die von ihres Meisters Begeisterung und Temperament im Spiel mit fortgerissen wurde, lobend erwähnt werden. Die Titelpartie, Fenella die Stumme, welche nur pantomimisch an der Handlung teilnimmt, wurde von Melanie Ermarth darstellerisch großzügig, überzeugend und ergreifend verkörpert. Auch wir heißen es gut, diese schwierige stumme Rolle von einer ersten Schauspielkraft dargestellt zu sehen, denn durch die oft übliche Besetzung mit einer „Tänzerin" geht viel am dramatischen Gehalt und an der Verständlichkeit ihrer Ausdrucksweise verloren. Schließlich soll ja die Fenella nicht „getanzt", sondern schauspielerisch „gespielt" werden. Den Höhepunkt der gesanglichen Leistungen bildete unstreitig Hans Tänzler als Masaniello, der an diesem Abend stimmlich und darstellerisch von gleich hervorragender Güte war und des öfteren Augenblicke hatte von selten gehörter stimmlicher Schönheit und Reinheit. Die bekannte Schlummerarie: „O senke, süßer Schlaf, dich nieder" — war eine Glanzleistung Tänzlers und sprach in ihrer zurückgehaltenen Tonentfaltung und zarten Gesangsweise innig und ergreifend an. Auch das, von Freiheitsdrang entfachte Duett mit W. v. Schwind als Pietro kam ausdrucksvoll zur Geltung und verfehlte seine Wirkung nicht. W. v. Schwind, der stimmlich seinen guten Tag hatte, gestaltete seinen Dankgesang an die „heil'ge Mutter" zu einer anerkennenswerten, einwandfreien Leistung; nur hätten wir, um das Lob vollkommen machen zu können, das Spiel auf einer hierzu ebenbürtigen Stufe gewünscht — —, der radikale Umstürzler war nicht scharf genug gezeichnet. May Scheider als Elvira unterlag leider wieder den Schwankungen ihrer Stimmstärke; die Koloraturen und Arioso-Sätze waren perlend, blendend und von tönender, klangvoller Kraft, — die Rezitative farblos, matt und ohne dramatische Ueberzeugung und Erhabenheit. Eine lobenswerte Leistung war Pancho Kochens Alfonso, der sich Fritz Mechler (Borello), Franz Roha (Selva) und die kleineren Partien Moreno des A. Bodenmüller und der Lorenzo E. Kalnbachs vorteilhaft anreihten.

Die Regie Peter Dumas verdient für die Aufführung uneingeschränktes Lob und Anerkennung; desgleichen sollen die von Paula Bayz-Allegri einstudierten Tänze im ersten und dritten Akt nicht unerwähnt bleiben. W. Sch.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 5. März.

Frauensektion.

Auf die morgen Donnerstag Abend halb 9 Uhr im „Auerhahn" (Schützenstraße) und „Hirsch" (Hardtstraße) stattfindenden Leseabende sei nochmals hingewiesen und bitten wir die Genossinnen, recht zahlreich und pünktlich erscheinen zu wollen.

Straßenbahn nach Daxlanden.

Das Großh. Ministerium der Finanzen (Eisenbahnabteilung) hält in Uebereinstimmung mit dem Großh. Ministerium des Innern für notwendig, daß für die von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft geplante Herstellung einer Straßenbahnverbindung nach Daxlanden zunächst das in § 29 des Enteignungsgesetzes vorgeschriebene Offenlegungsverfahren durchgeführt werde, hat sich aber bereit erklärt, der Gesellschaft auf ihre Gefahr die Genehmigung zum sofortigen Bauvollzuge unter gewissen Bedingungen zu erteilen. Die Motorwagen-Gesellschaft St. Blasien, die den Automobilverkehr zwischen Mühlburg und Daxlanden unterhält, beabsichtigt, diesen Verkehr schon vor dem 1. April d. J. einzustellen, weil die Wagen unter dem schlechten Zustande der Kreisstraße Daxlanden-Grünwinkel erheblich leiden. Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, wegen Ausbesserung der Straße bei der Gr. Wasser- und Straßenbahn-Inspektion vorstellig zu werden. Der Plan der Herstellung einer gleislosen Straßenbahn nach Daxlanden soll nicht weiter verfolgt werden.

Man läßt also wiederum die Wünsche der Bewohner von Daxlanden vollständig unberücksichtigt. Obgleich in Daxlanden kein Mensch etwas von der süddeutschen Eisenbahngesellschaft mit ihren wunderbaren Verkehrsvehikeln wissen will, zeigt man behördlicherseits dieser Gesellschaft sofort das größte Entgegenkommen. Die Gesellschaft ist jetzt bereit zu bauen, obgleich sie schon jahrelang die Konzession hat, sie hat eben gesehen, wie stark die Frequenz beim Autoverkehr ist, die Bahn also rentabel wird. Daß jetzt sogar in diesem Monat schon die Autoverbindung aufgegeben werden soll, ist sehr zu bedauern. Die Straße ist schlecht, das mag zugegeben werden. Es wäre Sache der Stadt gewesen, nicht erst jetzt vostellig zu werden wegen Ausbesserung der Straße, sondern das hätte früher schon geschehen müssen. Anderseits sollte aber auch die Motorwagengesellschaft ein bißchen mehr Entgegenkommen zeigen; hoffentlich unternimmt die Stadt in der Richtung Schritte. Wenn auch der bisherige Betrieb den Wünschen der Daxlander nicht voll und ganz entsprach, einen Vorteil und Fortschritt gegen früher bedeutet er doch. Daß die Bevölkerung Daxlandens angesichts dieser fortgesetzten Fangspielerei mit ihren Wünschen und Interessen in einer ziemlichen Erregung sich befindet, ist leicht begreiflich. Eine am 17. März stattfindende Bürgerversammlung wird zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Millionenanleihe.

Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, in welcher die Zustimmung des Bürgerausschusses dazu gefordert wird, daß Darlehensverträge abgeschlossen werden und zwar mit der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit über 3 Millionen Mark und mit der Gothaer Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit über 2 Millionen Mark. Das Geld wird benötigt für den Neubau einer Gewerbeschule, für die Erweiterung des Wasserwerks und Elektrizitätswerks und für den Ausbau von Straßen und Straßenbahnlinien nach dem neuen Hauptbahnhof. Das Kapital ist mit 4 Prozent zu verzinsen.

Herstellung von Anlagen längs der Alb.

Die städtische Gartendirektion legte dem Stadtrat ein Projekt für die Gestaltung der Anlagen auf dem Gelände zwischen der künftigen Albufer-Straße und der Alb östlich der Yorkstraße vor, das zurzeit mit Hausmüll aufgefüllt wird. In dem Projekte ist u. a. die Anlage dreier architektonischer Gärten (ein Blumengarten, ein Rosen- und ein Staudengarten) auf Terrassen nächst der Yorkstraße vorgesehen. In der Fortsetzung der Eisenlohrstraße soll ein 4 Meter breiter Fußweg mit einem über die Alb führenden, in landwirtschaftlichem Stil gehaltenen hölzernen Steg hergestellt und östlich dieses Weges eine große Spielwiese (18 000 Quadratmeter), die im Winter als künstliche Eisbahn hergerichtet werden kann, angelegt werden. Zu beiden Seiten der Spielwiese ist je ein Hügel mit Aussichtspavillon vorgesehen. Die Kosten des Projekts sind auf 128 850 Mk. veranschlagt. Der Stadtrat hieß es mit der Maßgabe gut, daß längs der Alb noch ein Weg vorgesehen werde, der auch zur Reinigung der Alb notwendig ist.

Der Aerzteverband schreibt uns: Der Betriebskrankenkassenverband verbreitet in der Tagespresse die Behauptung, der Deutsche Aerztevereinsbund habe gemeinsam mit dem Leipziger Aerzteverband den Generalstreik gegen die Krankenkassen beschlossen. Diese Behauptung ist irrig, denn von einem Streik kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil es für die Aerzte einen Vertragszwang nicht gibt; im übrigen geht der Beschluß der genannten Organisation nur dahin, daß zur erfolgreichen Durchführung der ärztlichen Forderungen ein gleichzeitiges geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller ärztlichen Lokalorganisationen unerläßlich sei. Die Aerzteschaft folgt dabei der Taktik der großen Krankenkassenorganisationen, die längst vor Bekanntwerden obigen Beschlusses einheitliche Richtlinien zur Bekämpfung der ärztlichen Forderungen vereinbart und damit den Aerzten ihren Weg vorgezeichnet haben. Die Aerzte wünschen geordnete Beziehungen zu den Krankenkassen durch angemessenen Vertragsabschluß von Organisation zu Organisation, wird ihnen dies verweigert, so werden sie nach wie vor die Erkrankten behandeln, sich aber vorbehalten, ob und inwieweit solches auf vertraglicher Grundlage geschehen kann.

Feuer entstand Montag früh 4.45 Uhr in einem Hause der Rudolfstraße durch unvorsichtiges Wegwerfen eines brennenden Streichholzes. Die Wohnungsinhaberin hatte das Streichholz angezündet, um nach der Uhr zu sehen. Der Brand, welcher nur Fahrnisschaden verursachte, wurde von Hausbewohnern gelöscht. — Montag Nachmittag kurz nach 1 Uhr ist in einer Schreinerwerkstätte in der Goethestraße ein kleiner Brand entstanden, der alsbald bemerkt und von den Hausbewohnern gelöscht wurde. Das Feuer, das an zugerichtetem Holz einen Schaden von zirka 200 Mk. angerichtet hat, ist vermutlich dadurch ausgebrochen, daß glühende Kohlen aus dem Leimofen herausfielen.

Der Herr „Kriminal". Mit größter Dreistigkeit wußte sich ein Unbekannter in der Nacht zum 3. ds. Mts. in eine Mansarde in der Körnerstraße, in der ein Bäckerlehrling schlief, Eingang zu verschaffen, wo er die Behältnisse durchsuchte und ein Portemonnaie mit 2,50 Mk. mitgehen hieß. Als der Bäckerbursche durch das Geräusch geweckt wurde und er frug was los sei, sagte der Dieb: er sei Kriminal und suche nach einem gewissen Neumaier und entfernte sich mit dem Bemerken, er wolle noch einen Kriminal holen.

Unfall. Gestern Nachmittag fuhr ein Automobil einen Handwagen an der Ecke von Erbprinzen- und Karl Friedrichstraße an. Hierbei wurde ein 60 Jahre alter Schlosser von hier welcher den Handwagen schob, zu Boden geschleudert. Er brach 2 Rippen und mußte ins städtische Krankenhaus verbracht werden. Die Schuld an dem Unfall soll den Chauffeur treffen. Untersuchung ist eingeleitet.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Motorboot quer durch Afrika betitelte sich der Vortrag, den Oberleutnant Grätz Sonntag Abend im Museumssaal hielt. Die von der Hofmusikalienhandlung Hugo Kuntz arrangierte Veranstaltung erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs. Leider war der Abend sehr wenig dazu angetan, die Erwartungen zu befriedigen. In erster Linie trug hieran die Schuld der sehr mangelhaft funktionierende Kinematograph. Es wurden nämlich am Sonntag Abend zum erstenmal im Museumssaal Lichtbildervorführungen gebracht, wobei sich zeigte, daß nicht alle hierzu nötigen Vorbedingungen vorhanden waren. Die ständigen Unterbrechungen (bald war der Saal hell, bald dunkel) waren sehr wenig dazu geeignet, das Interesse am Vortrag zu steigern. Dies war wohl der Hauptgrund, weshalb sehr viele Zuhörer den Saal verließen, als von der Galerie der Ruf „Feuer!" erschallte. Es hatte sich nämlich durch Reibung die Umhüllung des Leitungsdrahtes erhitzt, wodurch ein brenzlicher Geruch entstand, der jenen Zuruf begründete. Jedoch hat dieser Zwischenfall nur einige ängstiche weibliche Gemüter in die Flucht getrieben. Die Mehrzahl ging wohl deshalb, weil die ständigen Unterbrechungen denn doch etwas zu hohe Anforderungen an die Geduld stellten. — Was den Vortrag selbst betrifft, so ist es erklärlich, daß ihm alle diese Zwischenfälle stark Abbruch taten, wozu sich noch die — in Anbetracht dieser Umstände etwas begreiflich erscheinende — eigenartige Stimmung des Referenten gesellte. Als am meisten packend muß wohl die Darstellung des Büffelüberfalles bezeichnet werden, die den Redner selbst durch erhebliche Verletzungen stark in Mitleidenschaft zog. Hierdurch brachte er sich auch menschlich den Hörern nahe. Die Schilderungen behandelten Jagdgeschichten, vermengt mit einzelnen Stimmungsbildern. Von einem wissenschaftlichen Wert kann keine Rede sein! Gr.

Zum Culbertson-Konzert am Samstag den 9. März. Sasha Culbertson, der junge Geiger, der erst seit ein paar Jahren von sich reden macht, ist tatsächlich ein Phänomen. Man weiß nicht, was man mehr an ihm bewundern soll, die fabelhafte Technik, die auch das schier Unmögliche noch möglich macht, oder das feurige Temperament, das alles wie ein Wirbelwind mit sich fortreißt, oder das tiefe musikalische Gefühl, das aus seinem Vortrag zu uns spricht. Aus der Schule Sevcik hervorgegangen, besitzt er alle die Eigenschaften und Vorzüge seines Meisters Methode. Der gottbegnadete, junge Geiger gerät in starke künstlerische Erregung sowie sein Bogen die Saiten berührt; von da an gibt es für ihr keinen gleichgültigen Ton mehr: die kleinste Ton-Phrase wird unter seiner feinfühligen Hand in intensiver Stärke verlebendigt. Dieses Vorgewicht der Empfindung führt gewöhnlich zu unkünstlerischem Naturalismus — bei Culbranson wird es aber veredelt durch das eminente technische Können, durch seine wundervolle Kunst der Tonbildung und Bogenführung.

Gerichtszeitung.

Die Klosterbrüder von Czenstochau vor Gericht.

In dem Prozeß gegen die Klosterbrüder von Czenstochau ist die Zeugenvernehmung nunmehr zu Ende geführt worden und die Verhandlung steht unter dem Zeichen der Plädoyers. Das Urteil, dem man für Dienstag dieser Woche entgegensieht, wird für Damazy Macoch wahrscheinlich nicht die Todesstrafe, sondern nur lebenslängliche Zwangsarbeit bringen. Die übrigen Angeklagten dürfte nur Zwangsarbeitsstrafe von einigen Jahren treffen, da sie nicht überführt erscheinen, von dem Morde vorher etwas gewußt oder ihn begünstigt zu haben. Für sie alle kommt vielmehr nur eine Mittäterschaft bei den Diebstählen und den Unterschlagungen, sowie Begünstigung nach der Tat in Betracht.

Aus dem Schluß der Beweisaufnahme tragen wir noch folgendes nach: Es wurden noch eine ganze Reihe von ehemaligen Kameraden der Angeklagten vernommen. Sie sind in ihren Bekundungen sehr zurückhaltend, so daß sie der Vorsitzende mehrfach ermahnen muß, die Wahrheit zu sagen, da sie sich sonst schweren Strafen aussetzen würden. Der Angeklagte Starczewski gab im Laufe der Vernehmung eines Zeugen zu, nach der Tat in telegraphischer Verbindung mit dem Angeklagten Macoch gestanden zu haben, aber er habe keine Ahnung gehabt, daß Macoch damals einen Mord auf dem Gewissen hatte. Er sei auch zur Bahnstation gegangen, aber nicht etwa, um zu flüchten, sondern lediglich, um seine Uhr nach der Bahnhofsuhr zu stellen. Ein Klosterbruder bekundete nach längerem Zögern, daß die drei Angeklagten immer sehr ausschweifend gelebt haben. Macoch namentlich gab sehr viel Geld für Frauen aus und war eigentlich immer betrunken. Neben der Angeklagten Helene Macoch verkehrte er auch noch mit anderen Frauenspersonen, denen er ebenfalls große Summen opferte.

Eine Anzahl von Zeugen haben dem Liebespaar Unterschlupf gewährt. Sie sind von Macoch reich belohnt worden und haben goldene Schmuckstücke, sogar Brillantringe für ihre Kupplerdienste erhalten. Der Klosterdiener Kaczmareck bekundet, daß er öfters die Mönche spät in der Nacht heimkehren sah. Er fand auch einmal die Türen offen, die zu der Schatzkammer führten. Dabei sei ihm der Gedanke gekommen, daß hier leicht etwas gestohlen werden könne, er habe aber nie daran gedacht, daß die Mönche selbst die Diebe sein könnten. Zeuge Chencinski hat dem Liebespaar Unterkunft gewährt. Er hat beobachtet, daß Macoch seiner Geliebten viele Schmucksachen schenkte. Das machte den Zeugen stutzig, so daß er weitere Rendezvous nicht zuließ. Den Ermordeten Waclav Macoch hat der Zeuge ebenfalls gekannt. Als dieser ihm Mitteilung machte, daß er die Helene zu heiraten beabsichtige, hat ihm der Zeuge abgeraten, da er die Helene als Lebedame kannte. Am Tage vor dem Morde hat der Zeuge noch eine Unterredung mit dem Toten gehabt. Waclav Macoch sagte ihm, er fahre nach Czenstochau, er habe mit Damazy Macoch zu sprechen und wenn dieser ihm nicht eine anständige Belohnung zusichere, werde er ein großes Geheimnis verraten, das Damazy sehr schaden werde. Ein Klosterdiener Morzykowski bekundet, daß die Helene Macoch ein häufiger Gast in der Klosterzelle des Damazy Macoch war. Sie kam aus Lodz, Warschau und auch aus Städten des Auslandes. Erst stieg sie unter ihrem Mädchennamen ab, später behauptete sie, verheiratet zu sein. Ihre ständige Wohnung war in Czenstochau, ihre Speisen erhielt sie durch Vermittlung eines Klosterdieners aus dem Kloster. Klosterdiener Malz weiß, daß der Prior Reimann Macoch öfter Vorhaltungen wegen seines Fernbleibends vom Kloster machte. Macoch drohte dann regelmäßig, der russischen Regierung Anzeige zu machen, damit diese das Kloster schließe und das Klostervermögen konfisziere.

Die zuversichtliche Haltung der Helene Macoch ist einer nervösen Spannung gewichen, während Damazy Macoch etwas gefaßter erscheint. Die Plädoyers dürften zwei Tage in Anspruch nehmen.

Neues vom Tage.

Massenvergiftungen.

Mainz, 4. März. Im 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 88 in Mainz haben sich seit Samstag eine große Anzahl Erkrankungen unter Vergiftungs-Erscheinungen ereignet, die auf den Genuß von verdorbenen Fischen zurückgeführt werden. Am Samstag erkrankten 36, am Sonntag 15 und heute weitere 29 Soldaten, insgesamt 80. Todesfälle sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Folgenschwerer Box-Wettkampf.

Danzig, 5. März. Im benachbarten Lauenburg fand unter Aufsicht mit regelrechten Sekundanten ein sportsmäßiger Boxwettkampf zwischen zwei Primanern statt. Beim 21. Gang brach der eine der Kämpfenden zusammen und starb an einer Gehirnblutung.

Geistliche als Defraudanten.

Augsburg, 4. März. Ein katholischer Geistlicher, der Stadtkaplan Kempf bei St. Ulrich in Augsburg, hat sich schwere Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen. Man sagt, daß er sich etwa 30 000 Mk. fremder Gelder angeeignet hat. Ein Domkapitular soll allein um 8000 Mk. geschädigt sein. Um ihn dem Arm der weltlichen Gerechtigkeit zu entziehen, ist der hochwürdige Herr von der vorgesetzten geistlichen Behörde auf zwei Jahre in das Korrektionshaus Dillingen eingewiesen worden.

Beuthen, 5. März. Durch eine Revision, die von der vorgesetzten Behörde bei dem Pfarrer Zielonkowsky in der oberschlesischen Pfarrei Kalwarienberg vorgenommen wurde, ist ein Fehlbetrag von 14000 Mark festgestellt worden. Zielonkowsky ist am 2. März nach der Schweiz abgereist.

Durch einen Hecht getötet.

Posen, 5. März. Aus dem Hammerschen See bei Wollstein suchte ein 9jähriger Knabe Hechte zu fangen, wozu er in die Eisdecke ein Loch schlug. In demselben Augenblick schnellte ein 16pfündiger Hecht empor und verbiß sich in den Arm des Knaben. Der Knabe wurde später auf dem Eise erfroren aufgefunden.

Attentat auf Rothschild.

London, 5. März. Auf den Baron Leopold Rothschild, Mitinhaber des bekannten Londoner Bankhauses Rothschild, wurde gestern ein Attentat verübt, indem ein Unbekannter auf das vorüberfahrende Auto des Barons mehrere Schüsse abgab. Rothschild blieb unverletzt, während ein auf der anderen Seite der Straße stehender Polizist durch mehrere Schüsse getroffen wurde. Der Täter wurde verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Zur Lohnbewegung im Schneidergewerbe.

Berlin, 5. März. **Die von dem allgemeinen deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe beschlossene Generalaussperrung wird in Berlin und 157 größeren Städten zur Durchführung gelangen und zwar sollen schon am kommenden Samstag alle Betriebe geschlossen werden. Von der Generalaussperrung werden ungefähr 80—100 000 Schneider betroffen.**

Erfurt, 5. März. **In einer Versammlung von Vertretern aller thüringischen Ortsgruppen des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe wurden die Forderungen der Gehilfen als unannehmbar bezeichnet und beschlossen, am 9. März die Generalaussperrung durchzuführen.**

Ein Unfall des Abgeordneten Fehrenbach.

Berlin, 4. März. Der Abg. Fehrenbach erlitt gestern beim Ueberschreiten der Straße einen Unfall. Als er einem Automobil ausweichen wollte, stürzte er zu Boden und brach den Arm. Jedoch konnte er bereits heute wieder im Reichstag erscheinen.

Landtagsnachwahl.

Mülhausen, 5. März. Die gestrige Generalversammlung des sozialdemokratischen Kreisvereins beschloß, für die Landtagsnachwahl im Wahlkreise Habsheim-Landser die Kandidatur Müller-Möglin aufrecht zu erhalten. Bei der Hauptwahl im vorigen Herbst verzichtete in diesem Wahlkreise die Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang zugunsten des liberalen Kandidaten. Der gestrige Beschluß stützt sich besonders darauf, daß die Sozialdemokratie diesmal einen wesentlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat, während die liberalen Stimmen einen wenn nicht sehr großen Rückgang erfahren haben.

Wasserstand des Rheins.

6. März.

Schusterinsel 2.10 m, gest 50 cm, Kehl 2.59 m, gest. 19 cm, Maxau 4.09 m, gest. 5 cm, Mannheim 3.50 m, gest. 12 cm.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Triberg. Das Gewünschte können Sie durch die Buchhandlung des „Volksfreund" beziehen.

Abschlag!

Linsen
garant. gut kochend
Pfd. 18 u. 22 ₰

Erbsen
gelbe,
garant. gut kochend
Pfund 18 ₰

Erbsen
grüne, Delikateß
Pfund 25 ₰

Bohnen
weiß, 5931
garant. gut kochend
Pfund 19 ₰

Bohnen
Wachtel
garant. gut kochend
Pfund 20 ₰

Bucherer
in sämtlichen Filialen.
Neu eröffnet:
22 Humbold str. 22.

Schuhwaren
für die
Konfirmation und Kommunion

Für Knaben.

Wichsleder-Agraffenstiefel, breite Form, Nr. 31 bis 35 . . . . Paar **3.95**

Rindbox-Agraffenstiefel, mit und ohne Lackkappe, auch mit Derbyschnitt . . . . . Paar **6.95**

Imit. Chevreaux-Stiefel, Derbyschnitt, Lackkappe, neue, breite Form . . Paar 6.50 **5.95**

Rindbox-Stiefel in allen Ausführungen, beste Fabrikate sehr elegant und haltbar Paar 8.90 **7.95**

Boxcalf- und Chevreauxstiefel, Luxus-Ausführung, mit u. ohne Lackkappen, allerneueste Formen Paar **10.75**

Für Mädchen.

Wichsleder-Stiefel, Nr. 31 bis 35 zum Schnüren und Knöpfen . Paar **3.95**

Schnür- und Knopfstiefel Chevreaux und Boxcalf, Nr. 36—38, teils echt Goodyear Welt, spitze Formen . . . . . Paar **4.95**

Schnürstiefel, echt Chevreaux, imit. Chevreaux und Rindbox, allerneueste Formen . . . . Paar 8.90 7.95 **6.95**

Echt Chevr.-Schnürstiefel, mit und ohne Derby u. Lackkappen, mod. Formen Paar 12.50 9.75 **10.75**

Weisse Glacé-Stiefel schöne Formen . . . Paar 10.75 **7.95**

Geschw. Knopf.

Echten deutschen und französischen
Cognac
echt. Kirschwasser
" Zwetschgenwasser
" Tresterbranntwein
" Hefenbranntwein
" Steinhäger 2c.
diverse Liköre, offen und in Flaschen, sowie im Ausschank empfiehlt
Wilhelm Mayer
Schützenstr. 39, bei d. Schule
Bestellungen frei ins Haus.

Schützenstr. 45, 3. St. r., ist eine geräumige, möblierte Mansarde sof. billig zu vermiet.

Schillerstr. 33, Hth. 3. St. l., ist ein möblert. Zimmer zu vermieten.

Flugkäfig, groß, ist billig zu verkaufen. Schillerstr. 27, 4. St. r.

Ein noch gut erhaltener dunkelblauer **Kastenliegwagen** ist preiswert zu verkaufen. 5924
Rüppurrerstr. 20, Haus 1, 3. St.

Ein **blauer Kastenwagen** zum liegen und sitzen ist billig zu verkaufen. Zu erfr. Gerwigstraße 25, 5. St. lks.

Zirka 10 Stück
Zuchthasen
verschiedener Rassen werden um jeden annehmbaren Preis auch nach auswärts abgegeben. 5951
Klauprechtstr. 27, 1. St.

Schneidernähmaschine
(Ringschiff), so gut wie neu, zu verk.
Maienstr. 1a, Hth. 2. St.

Morgenstr. 18, 4. St. r., ist auf 15. März ein möbl. Zimmer zu vermieten.

Herren- und Damenrad, mit Freilauf, fast neu, billig zu verk. Wilhelmstraße 28, 2. St. r.

Lieg-Sitzwagen mit Nickelgestell bill. zu verkaufen Rüppurrerstr. 42, 3. Stock. 5923

Schillerstrasse 22 — Ecke Goethestrasse

Spielplan
von Mittwoch, den 6. bis inkl. Freitag, den 8. März.
Mittelschweden. Prachtvolle Naturaufnahme.
Das unheilbringende Pantoffelpaar. Humoristisch.

Der Opiumschmuggler
äusserst spannendes und ergreifendes Drama.

Der wilde Neffe. Sehr humorvoll.
Der Trunkenbold. Drama aus dem Leben gegriffen.
Die kleine verwöhnte Frau. Herrliche Komödie.
Genovefa von Schottland. Dramatisch.

Die Kameliendame
in 2 Akten 5947
mit **Sarah Bernhardt,**
Frankreichs grösster Tragödin, in der Hauptrolle.
Spieldauer ca. 1 Stunde.

Haltestelle der Strassenbahnlinie „Kühler Krug".

Neu eröffnet!
Humboldstr. 22
5930
Emil Bucherer
Lebensmittelkonsumgeschäft.

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Sonntag, den 10. März, nachm. 4 Uhr beginnend, im Konzertsaal zu den „Drei Linden", Mühlburg:

Familien-Unterhaltung

(Konzert, turn. Aufführungen, Theater)
unter gefäll. Mitwirkung d. Gesangvereins „Lassallia":

Hierzu laden wir unsere verehrl. Mitglieder nebst werten Angehörigen, sowie alle Freunde des Vereins freundl. ein mit dem Bemerken, daß das äußerst reichhaltige Programm einige Stunden angenehmster Unterhaltung garantiert und aus diesem Grunde äußerst zahlreiches Erscheinen erwarten. 5949

Programm zu 30 Pfg. berechtigt zum Eintritt. Der etwaige Ueberschuß wird als Reisebeihilfe für unsere am 1. Süddeutschen Bundesturnfest (Pfingsten in Nürnberg) teilnehmenden Turner und Turnerinnen verwendet. **Der Turnrat.**

Frauenbildung — Frauenstudium Frauenstimmrecht.

Im großen Rathaussaal jeweils abends 1/2 9 Uhr

4 öffentl. Vorträge:

Freitag, den 8. März: „Die Frau im Altertum." Herr Professor Spath.
Samstag, den 16. März: „Die Frau im Christentum." Fräulein Lizentiat K. Barth-Jena.
Freitag, den 22. März: „Die Frau in der franz. Revolution." Herr Professor Hanauer.
Freitag, den 29. März: „Die Frau in der modernen Politik." Frau Lindemann-Stuttgart.

Eintritt frei!

5916 Die Vorstände.

Kaiserstrasse 5 **Kaiser-Kino** am Durlacher Tor
PROGRAMM vom 6. März bis 8. März 1912.

1. Sensationell! Die **Vampir-Tänzerin.** Sensationell! Nordischer Sensations-Schlager in 2 Akten
2. **Moritz als Forschungsreisender.** Komische Szene.
3. **Revolver-Hochzeit** Liebesdrama aus d. wilden Westen.
4. **Johann ist vergiftet.** Humorvoll.
5. **Flammen-Pfeile.** Indianer-Drama.
6. **Und nimmer hat das Wasser Ruh.** Herrlich koloriert.
7. **Viehräuber.** Hochspannendes Wildwest-Drama.

Verein Volksbildung E.V.
Karlsruhe.

Mittwoch, den 6. März 1912
abends 8 1/2 Uhr, im grossen Saale der Festhalle:

Grosses Konzert

unter gütiger Mitwirkung
von Fräulein **Jeanne Godot,** Hofopernsängerin Fräulein **Maria Höllischer,** Herrn Schauspieler **Fritz Reiff**-Düsseldorf, Herrn Kammersänger **Hans Tänzler,** sowie des Gesangvereins **Lassallia.**
Klavierbegleitung:
Herr Hof-Kapellmeister **Alfred Lorentz.**

Programm: 5948

1. **Sonntag auf dem Meere,** Männerchor G. A. Heinze
2. **Gebet** aus „Rienzi" . . . . . Wagner
   Herr Kammersänger Hans Tänzler
3. a) **Der Gonger** . . . . . E. Seeliger
   b) **Die Boten** . . . . . B. v. Münchhausen
   c) **Pidder Lüng** . . . . . D. v. Liliencron
   Herr Schauspieler Fritz Reiff
4. a) **Arie der Pamina** aus der „Zauberflöte" „Ach, ich fühl's, es ist verschwunden" . Mozart
   b) **Elisabeths Begrüssung der Halle** aus „Tannhäuser" . . . . . Wagner
   Hofopernsängerin Frl. Maria Höllischer
5. **Schlafwandel,** Männerchor . . . . . F. Hegar
6. a) **Prière du Cid** aus der Oper der „Cid" Massenet
   b) **Arie** d. Friedrich a. d. Op. „Germania" Franchetti
   Herr Kammersänger Hans Tänzler
7. a) **Aria** . . . . . Bach
   b) **Romance** . . . . . Saint-Saëns
   c) **Abendlied** . . . . . Schumann
   Fräulein Jeanne Godot
8. a) **Die junge Nonne** . . . . . Fr. Schubert
   b) **Die Allmacht** . . . . . Fr. Schubert
   Hofopernsängerin Frl. Maria Höllischer
   * * *
9. a) **Königsbergisch** . . . . . Braumüller
   b) **Bayerisch** . . . . . Stoltze
   c) **Frankfurterisch** . . . . . Gutsch
   d) **Karlsruherisch** . . . . . Gutsch
   Herr Schauspieler Fritz Reiff
10. a) **Zieh' mit,** Männerchor . . . . . G. Angerer
    b) **Zur Dirn g'hört a Bua,** Männerchor Th. Koschat

Versteigerung einer Schlosserei-Einrichtung.

Donnerstag, den 7. März, nachmittags 1/2 3 Uhr, versteigere ich im Auftrag öffentlich gegen bar

Rheinstraße Nr. 107,

1 große Bohrmaschine, 1 kleine Bohrmaschine, 1 Stanze, 1 Drehbank mit Drehstählen, 1 Blechschere, 1 Ambos, 1 Feldschmiede, 1 Richtplatte, 1 Werkbank, 2 Schleifsteine mit Bock, 4 Schraubstöcke, Feilen, Hämmer, Bohrer, Schmiedezangen, Schmirgelscheiben, und sonstige Werkzeuge, Vorgelege mit Riemenscheiben, viele Fahrradteile wie Fahrradständer und Pumpen 2c., 1 Firmaschild, 1 Lampe 2c. 2c. wozu Kaufliebhaber höfl. einladet 5950

Telephon 2291. **Leop. Gräber, Auktionator.**

Die Versteigerung findet **bestimmt** statt.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Montag, den 11. März, abends punkt 8½ Uhr, im Saale des **„Goldenen Kopfes“**, Markgrafenstr. 49,

Lichtbilder-Vortrag

des Nervenarztes **Richard Haise** aus Walzenhausen (Schweiz) über das Thema:

„Wie man gesunde Nerven erlangt“.

Eintrittskarten à **20 Pfg.** pro Person sind bei den **Einkassierern** sowie im **Geschäftslokal** erhältlich. Zu zahlreichem Besuch ladet ein 5840

Die Ortsverwaltung.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die verehrlichen Mitglieder werden zu der am

Donnerstag, den 7. März ds. Js., abends 8 Uhr,

im großen Saale der Gesellschaft **„Eintracht“** stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

hiermit ergebenst eingeladen.

Der Eintritt ist nur den Vereinsmitgliedern gegen Vorzeigung der 1912er oliv-grünen Legitimationskarte gestattet.

Für die selbständigen Hausfrauen ist die Gallerie vorbehalten. Die Rechnungsnachweisungen nebst Bilanz für 1911 liegen in den Geschäftslokalen des Vereins, Zähringerstraße 45 und 47, sowie in sämtlichen Vereinsläden auf und können daselbst in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 23. Februar 1912. 5781

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe
K. Kirsch, Vorsitzender.

Hagsfeld. **Hagsfeld.**

Geschäftsempfehlung.

Auf kommendes Quartal empfehle mich in

Maler-, Tüncher- und Tapezierarbeiten

unter sorgfältiger und billiger Berechnung. 5908

Adolf Schmidt.

Pfannkuch & Co

Mittwoch und Donnerstag eintreffend in schwerster Eispackung

Billige Seefische!

Cabliau

kopflos, im ganz. Fisch Pfd. **22** Pfg. im Ausschnitt Pfd. **22** Pfg.

Echte Holländer Angel-

Schellfische

kleine Pfd. **20** Pfg. große, 1-2 pfündig, Pfd. **32** Pfg.

Ferner **frisch gewässerte**

Stockfische

Pfund **23** Pfg.

Pfannkuch & Co.

Als **Buttererſatz** empfehlen wir

Esbu-Margarine

das Beste auf dem Markte 5944

Pfund **95** Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Die Musterung im Jahre 1912.

Das Ersatzgeschäft für die im Aushebungsbezirk Karlsruhe gestellungspflichtigen Militärpflichtigen findet dieses Jahr in der Zeit vom **7. März bis einschließlich 30. März, jeweils vormittags 8 Uhr beginnend, im Saale der Wirtschaft zum „Grünen Berg“, Kaiserstraße 33,** statt.

Die Militärpflichtigen werden wie folgt gemustert:

Landgemeinden.

Donnerstag den 7. März 1912 aus **Blankenloch, Büchig, Bulach Eggenstein, Friedrichstal Graben**

Freitag den 8. März 1912 aus **Hagsfeld, Hochstetten, Knielingen, Leopoldshafen, Liedolsheim**

Samstag den 9. März 1912 aus **Linkenheim, Rußheim, Spöck, Staffort, Teutschneurent, Welschneurent**

der Jahrgänge **1890, 1891, 1892** und älterer Jahrgänge.

Stadt Karlsruhe.

	Jahrgänge 1890	1891	1892
Montag den 11. März 1912	A, B	A, B	A
Dienstag den 12. März 1912	C, D	C, D	B, C
Mittwoch den 13. März 1912	E	E, F	D, E, F
Donnerstag den 14. März 1912	F, G	G	G
Freitag den 15. März 1912		H	H
Samstag den 16. März 1912	H, J	J, K	J
Montag den 18. März 1912	K		K
Mittwoch den 20. März 1912	L, M	L, M	L
Donnerstag den 21. März 1912	N, O, P	N, O, P	M, N, O, P
Freitag den 22. März 1912	R, T	Q, R, T	Q, R
Samstag den 23. März 1912	S, V	V, W	V
Dienstag den 26. März 1912		U	S, U
Mittwoch den 27. März 1912	W	S	Z
Donnerstag den 28. März 1912	Z	Z	T, W

Die Musterung der **Militärpflichtigen älterer Jahrgänge der Stadt Karlsruhe (d. h. die vor 1890 geborenen)** erfolgt am

Donnerstag den 28. März 1912.

Die Prüfung der Reklamationen findet am

Freitag den 29. März 1912

statt.

Die Losung der Militärpflichtigen des **Jahrganges 1892,** sowie der Militärpflichtigen **früherer Jahrgänge,** welche noch **nachzulosen** haben, wird am

Samstag den 30. März 1912

vorgenommen. Das Erscheinen hierzu wird den Militärpflichtigen freigestellt. Für die Nichterscheinenden wird durch ein Mitglied der verstärkten Ersatzkommission gelost.

Bei der Musterung hat jeder Militärpflichtige **eine halbe Stunde vor Beginn** zu erscheinen, sofern er nicht von dem Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission von der Gestellung entbunden ist.

Die Nichtanmeldung zur Stammrolle entbindet nicht von der Gestellungspflicht. **Jeder Militärpflichtige,** welcher **während des Ersatzgeschäftes** hier seinen **dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz** hat, ist zur **Gestellung verpflichtet,** wenn ihm auch **eine besondere Ladung dazu nicht zugestellt** werden sollte.

Wer bis 6. März d. J. nicht im Besitze einer Vorladung ist, hat sich auf dem Militärbureau des Großh. Bezirksamts (3. Stock, Zimmer Nr. 45) zu melden und seine Vorladung in Empfang zu nehmen.

Wer durch **Krankheit** am Erscheinen bei dem Ersatzgeschäft verhindert ist, hat ein ärztliches **Zeugnis** vorzulegen, das durch die Ortspolizeibehörde beglaubigt sein muß, wenn es nicht vom Bezirksarzt ausgestellt ist.

Bekanntmachung.

Vom Montag, den 4. März bis Samstag, den 9. März 1912 wird in nachstehenden Straßen die mechanische Reinigung des Wasserrohrnetzes vorgenommen:

Nebeniusstraße
Ettlingerstraße,
Rüppurrerstraße,
Marienstraße und
Augartenstraße. 5905

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Trübungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht ganz vermeiden; außerdem ist das Ausbleiben des Wassers während dieser Zeit, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, nicht ganz ausgeschlossen.

Ferner machen wir insbesondere darauf aufmerksam, daß bei Benutzung von Badeöfen entsprechende Vorsicht angewendet werden muß. Es empfiehlt sich dringend darauf zu achten, ob dem in Benutzung genommenen (brennenden) Badeofen auch tatsächlich Wasser entströmt; beim Aufhören des Ausfließens des Wassers ist **sofort die Heizung abzustellen,** bezw. der Gashahnen zu schließen.

Von dem bei dieser Arbeit notwendig werdenden gänzlichen Abstellen der Wasserleitungen in den einzelnen Straßen werden wir den betreffenden Wasserabnehmern vorher noch besonders Kenntnis geben.

Städt. Gas- Wasser- und Elektrizitätswerke.

Wollen Sie

einen guten, dauerhaften und billigen **Stiefel**

haben, so kaufen Sie solchen **unter Garantie** bei

J. Madlener, Auktionsgeschäft

und Schuhlager 5611

Rüppurrerstraße 20.

Krebs-Fett

ist das beste Schuh- und Lederfett. Nicht zu verwechseln mit den vielen minderwertigen Vaselinfetten. — Mit einer **kleinen** Dose **Krebsfett** ist Ihnen mehr gedient, als mit einer **großen** Dose Vaselin.

Sportwagen, zum liegen und sitzen, gut erh., billig abzugeben.
Kronenstr. 8, 3. Stock.

Empfehle von heute Mittwoch ab frische hausgemachte

Leber- und Griebenwürste

Stück **8** Pfg., 10 Stück **75** Pfg.

Fr. Hasenmeier
— **88 Marienstraße 88.** —

Diwan.

Neue, bessere Plüsch- und Taschen-Diwans werden unter Garantie von **38** u. **42** Mk. ausverkauft. Keine Fabrikw. 5790

R. Köhler, Tapezier,
Schützenstraße 53, 2. Stock.

Malerlehrling

kann sofort oder auf Ostern eintreten, gegen sofortige Bezahlung und gewissenhafte Ausbildung.

Zu erfragen **Adlerstr. 28,** 3. Stock. 5948

Brautleute

erhalten für den Spottpreis von nur

545 Mk.

eine vollständige kompl. mod.

Brautausstattung

(noch nicht im Gebrauch gewesen). Dieselbe besteht aus 2 schweren englischen Betten mit best. Inhalt, gr., Stür. Spiegelschrank, eleg. Waschkommode mit weißem Marmor und Spiegel, Nachtschrank mit Marmor, 2 Stühlen, Handtuchh.; Wohnzimmer: elegant. Vertiko, hochf. Diwan, 1 Tisch mit Eichenplatte, 4 beff. Stühle, sowie die hochf. Kücheneinrichtung mit Messingvergl., extra gr. Anrichte. Die Möbel sind nußbaum poliert. Kann noch längere Zeit aufbewahrt werden. 5655

Waldstr. 22, Laden.

Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge

5942

schwarz und dunkelblau von einfachsten bis zur elegantester Ausführung in **hervorragender Auswahl** fertig am Lager

Preise:
14.50 16.50 19.00 23.00 26.00 30.00 bis 59.00 M

Ad. Stein

Kaiserstraße 74

Spezialhaus für feine Herren- u. Knaben-Kleidung

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.